Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 43. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 23. Oktober 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Reichsfinanzreform und christliche Arbeiterschaft. — Die „gelbe" Gefahr. — **Feuilleton:** Ein Beitrag zu dem Kapitel: Berufsfragen für die Frauen. — Schutzlos. — **Aus dem Verbandsgebiete:** An die Ortsgruppenvorstände. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Aus dem Wuppertale. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Forst (Lausitz). — Glauchau. — Greiz. — Lichtenstein-Callenberg (Sachsen). — Urdenbach bei Düsseldorf. — **Aus unserer Industrie:** Die Kettenspannung bei seidenen Geweben. — **Gewerkschaftliches:** Aus unseren Verbänden: Carl Illig †. — Unterhaltungsabende zu veranstalten. — Der christliche Metallarbeiterverband. — Rückwärtsentwickelung des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes? — Ausgegnerischen Organisationen: Theorie und Praxis der Genossen. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Ein Kampf der christlichen Textilarbeiter Oberitaliens um das Koalitionsrecht. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel.

Reichsfinanzreform und christliche Arbeiterschaft.

In den letzten Wochen schrieb die sozialdemokratische Presse, nunmehr befänden sich die Füchse der christlichen Gewerkschaften in der Falle, wegen der Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform ginge im christlichen Gewerkschaftslager alles drunter und drüber, allenthalben zeige sich ein Mitgliederrückgang (was nicht wahr ist), die christlichen Arbeiterabgeordneten schützten gegenüber den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften deren parteipolitische Neutralität vor, um sich an der Verantwortung vorbeibrücken zu können usw. usw. Die Stunde ist daher gekommen, daß zu diesen Anwürfen einmal eingehend Stellung genommen wird. Um es vorweg zu sagen: Ich bedauere die durch die Reichsfinanzreform für die christliche Gewerkschaftsbewegung geschaffene Situation eigentlich nicht; sie mußte einmal kommen. Die Verhältnisse erforderten längst eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen christlicher Arbeiterbewegung und politischer Sozialdemokratie. Durch die Reichsfinanzreform werden wir nun zu dieser gedrängt.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete besteht zwischen uns und der sozialdemokratischen Bewegung heute klare Bahn. Die ehemaligen sozialdemokratischen Schlagworte, wie Unternehmergründungen, Arbeiterzersplitterer, Arbeiterverräter usw., üben heute gegenüber unserer Bewegung keine Wirkung mehr aus. In gewerkschaftlicher Hinsicht ist heute unsere Bewegung von der sozialdemokratischen Phrase emanzipiert. Bei dem rheinisch-westfälischen Bierboykott und dem Kölner Holzarbeiterstreik 1905 sind wir gegen den sozialdemokratischen Strom geschwommen. Tausende von Artikeln und Notizen in der sozialdemokratischen Presse und Hunderte von sozialdemokratischen Protestversammlungen haben an dieser Tatsache nichts zu ändern vermocht. Unsere Mitglieder haben deshalb in den Betrieben zwar Spießruten laufen müssen, aber heute herrscht über die Notwendigkeit der damals befolgten Taktik innerhalb unserer Bewegung nur eine Meinung: Gegenüber den damals in Schwung befindlichen sozialdemokratischen Gelüsten, die christlichen Gewerkschaften kaput zu streiken, mußte ein Exempel statuiert, mußte eine Warnungstafel aufgestellt werden. Seit der Zeit versucht man es im sozialdemokratischen Lager weniger, mit falschen Vorwänden Streiks anzuzetteln, die in Wirklichkeit nur dem Niederringen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gelten sollten. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ist vor wenigen Monaten in der Frage der Sicherheitsmänner in Preußen gegen die gesamte sozialdemokratische Bewegung seine eigenen Wege gegangen, ohne daß ihm der sozialdemokratische Verband dieserhalb auch nur im geringsten Abbruch hätte tun können.

Genau dieselbe Emanzipation muß die christliche Arbeiterbewegung vollziehen gegenüber der politischen Sozialdemokratie. Von dieser trennt die christliche Arbeiterschaft bedeutend mehr, als es auf gewerkschaftlichem Gebiete der Fall ist. Die politische Sozialdemokratie, die nicht bloß als wirtschaftliche Bewegung, sondern in viel stärkerem Maße als geistige Strömung, als Weltanschauung, gewertet werden muß, ist ja die Ursache, warum die Sonderbewegung der christlichen Arbeiter entstanden ist und entstehen mußte. Mit dem sozialdemokratischen Klassenstandpunkt ist jede christliche Auffassung unvereinbar. Ein großer Teil der deutschen Arbeiterwelt erkennt aber in dem Menschen nicht bloß eine Brotverkonsumierungsmaschine, sondern hält auch an religiösen und nationalen Idealen fest, die er selbst bestimmten Klassenforderungen nicht unterordnet. Und diese Gedankenwelt steht zur sozialdemokratischen in einem Gegensatz wie Feuer zu Wasser.

Aber auch die

Stellung der christlichen Arbeiterschaft zum Staat, zur Gesellschaft

muß ganz naturgemäß außerordentlich von der sozialdemokratischen abweichen. Nach sozialdemokratischen Rezepten kann keine Partei, könnte selbst eine christliche Arbeiterpartei nicht arbeiten. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß die von ihr verfolgten Ziele sich nicht in dem Gegenwartsstaat verwirklichen lassen, daß dazu vielmehr ein ganz neues Staatsgebilde notwendig ist. Die christliche Arbeiterbewegung dagegen hat sich mit beiden Füßen auf den Boden der gegenwärtigen Ordnung zu stellen; sie hat daran noch viel auszusetzen, es gilt, daran noch viel zugunsten der Arbeiter umzugestalten. Dennoch muß die gegenwärtige Ordnung die Basis und der Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit sein. Ohnedem würde für jede christlich-nationale Arbeiterbewegung die Existenzberechtigung wegfallen. Ueber diese Fundamentalbegriffe müssen sich die Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung von vornherein klar werden.

Des ferneren haben wir uns klar darüber zu werden, daß die christlichen Gewerkschaften in Deutschland sich ein viel engeres Aufgabengebiet gewählt haben, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften und auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die beiden letzteren Gewerkschaftsgruppen vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung zu allen, die Arbeiter besonders interessierenden Fragen (Wahlrecht, Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik usw.) Stellung zu nehmen habe. Das hieße, bei dem zersplitterten Parteiwesen in Deutschland, die Gegensätze unter den politischen Parteien für die Gewerkschaftsbewegung in Permanenz erklären. Man bilde sich doch nicht ein, daß wirtschaftliche Standesorganisationen ohne gewaltiges Massenaufgebot in Deutschland, wo die geistigen Strömungen so außerordentlich stark auf das politische Leben zurückwirken, etwa alten traditionellen Parteien so ohne weiteres Ziel und Richtung vorschreiben könnten. Die christlichen Gewerkschaften halten es daher mit dem Präsidenten der American Federation of Labor, Gompers, der kürzlich in einer Berliner Versammlung für die amerikanische Gewerkschaftspraxis den Grundsatz vertrat: Das Nächstliegende zuerst! Und das Nächstliegende für die Arbeiterklasse ist zweifellos ein gut ausgestaltetes, der jeweiligen Kultur- und Wirtschaftsentwickelung angepaßtes Lohn- und Arbeitsverhältnis. Dazu kommt selbstverständlich noch der Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Wer in der Gewerkschaftsbewegung über dieses Aufgabengebiet hinaus will, muß die Errichtung einer besonderen Arbeiterpartei wollen. Und diese ist in Deutschland neben der Sozialdemokratie nicht möglich. Mit dieser Tatsache müßten sich insbesondere die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vertraut machen, sobald sie Anhänger der verschiedensten Parteien in größerer Zahl umfassen würden. Heute gehören ihnen fast nur linksliberale und sozialdemokratische Parteianhänger an, so daß sie ohne große Schwierigkeiten sich noch an ihren alten, liebgewonnenen Gewohnheiten ergötzen können.

Aber was haben denn die

sozialdemokratischen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

dadurch praktisch erreicht, daß sie sich ein so breites Aufgabengebiet gesteckt! Wenn bloß durch Versammlungen, Leitartikel und Kraftworte die Arbeiterinteressen wahrgenommen werden könnten, dann müßte der Einfluß der deutschen Lohnarbeiter auf das öffentliche Leben um ein Wesentliches stärker sein. Denn daran hat es fürwahr, insbesondere im sozialdemokratischen Lager, nie gefehlt. Womit sich die Lohnarbeiter stärkeren Einfluß verschaffen können, wird später zu erörtern sein. Man sieht also: Nicht Feigheit gegenüber der Verantwortung wegen ihres politischen Verhaltens ist es, was die christlichen Arbeiterabgeordneten bestimmt, die Reichsfinanzreform nicht innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung auszutragen, sondern der Charakter unserer Bewegung erfordert es, daß sie dort ausgetragen wird, wohin sie gehört: auf politischem Gebiete.

Nachdem aber politische Sozialdemokratie und sog. „freie" Gewerkschaften in der Frage der Reichsfinanzreform wieder „eins" sind, kommt auch die christliche Gewerkschaftsbewegung um ihrer selbst willen nicht daran vorbei, über einige Seiten der Reichsfinanzreform Aufklärung zu verschaffen. Das parteipolitische Gebiet muß auch hier so gut als möglich ausgeschaltet bleiben. Die Sozialdemokratie kann allerdings ein Ausscheiden aus der Betrachtung nicht beanspruchen; durch ihr Verhalten ist ja unsere Stellungnahme verursacht.

Die verabschiedete Reichsfinanzreform ist zweifellos für die deutschen Steuerzahler keine frohe Begebenheit. Durch sie wurden dem deutschen Volke 500 Millionen neuer Lasten auferlegt, ein Betrag, wie er seit dem achtunddreißigjährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch nie auf einmal gefordert wurde. Dazu kommt noch, daß die Reichsfinanzreform verabschiedet werden mußte in einer Zeit tief daniederliegender Wirtschaftskonjunktur, wie auch einzelne Steuern nach der sozialen Seite manches zu wünschen übrig lassen. An diesen Stellen setzt die sozialdemokratische Agitation ein. Sie nimmt indeß nicht sachlich zu dem fraglichen Gesetzgebungswerk Stellung, sie sagt nicht, so und so hätte auf Grund der politischen Möglichkeit die Finanzreform gestaltet werden können, sondern sie benutzt sie lediglich zu Agitationszwecken.

Die Sozialdemokratie befand sich seit 1903 in einer jämmerlichen Lage,

aus der sie durch die Reichsfinanzreform herauszukommen sucht. Nach dem großen Wahlsieg von 1903 haben sich Bernstein und Vollmar einerseits, und Bebel, Leipziger Volkszeitung usw. anderseits um die künftige parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie herumgezankt. Dann folgte der Dresdener Skandalparteitag. Ueber die abschreckenden Spuren, die dieser hinterließ, suchte man durch Revoluzzerei hinwegzukommen. Während der politischen Gärungen in Rußland 1904/05 führten sozialdemokratische Parteiblätter eine blutrünstige Sprache. Die Folge davon waren Wahlrechtsverschlechterungen in sozialdemokratischen Hochburgen (Hamburg, Lübeck). Die dagegen und gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht veranstalteten Demonstrationen waren, wie vorauszusehen, erfolglos. Daraufhin wurde eine Zeitlang mit dem Generalstreik gespielt, der sich zu einem großen Krach zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften auswuchs. In einer Geheimkonferenz der Gewerkschaftsvorstände zeichnete Herr Hue die Situation für die Sozialdemokratie wie folgt:

> „Es muß gesagt werden hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind. Unsere organisatorische Kraft entspricht nicht unseren öffentlichen Aeußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst . . . es klafft deshalb ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit . . . Im Reichstage müssen wir uns bemühen, die pseudoradikalen Phrasen der Unverantwortlichen vor dem 21. Januar (vor der sozialdemokratischen preußischen Wahlrechtsdemonstration) möglichst harmlos erscheinen zu lassen, tatsächlich befinden wir uns dabei in einer kläglichen Lage."

Das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, der Zimmerer (Nr. 22 1905) schrieb in der gleichen Periode:

> „Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar bezw. zweifelhaft herausgestellt . . . In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes und der Parteigenossen bemächtigt sich annährend dasselbe Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!"

Diese Lage wurde noch jämmerlicher, als 1907 die Sozialdemokratie von 81 auf 43 Reichstagsmandate zurückgeworfen wurde. Aus dieser

armseligen Situation sucht die Sozialdemokratie jetzt mit der Reichsfinanzreform herauszukommen.

Das ist der äußere Rahmen, aus dem die gegenwärtige sozialdemokratische Wühlarbeit beurteilt werden muß. Diese ist also nicht aus sachlichen, sondern aus agitatorischen Gesichtspunkten diktiert. Das geht schon daraus hervor, daß die Kollegen Schiffer, Wiedeberg, Schirmer, Becker, die gegen die Tabak-, Kaffee- und Zündholzsteuer gestimmt haben, und Kollege Behrens, der gegen die gleichen und für die Erbschaftssteuer gestimmt hat, genau so, ja noch schärfer angegriffen werden, wie Kollege Giesberts, der glaubte, für die Tabak- und Zündholzsteuer stimmen zu sollen. Für die Sozialdemokratie ist eben: Agitation alles, Sache nichts.

Zur sachlichen Seite der Finanzreform das Folgende: Waren überhaupt 500 Millionen neuer Steuern notwendig? Diese Frage muß glatt bejaht werden. Deutschland ist eben heute ein anderes, als bei der Konstellation des Reiches 1871. Auf dem gleichen Flächenraum von damals verlangen heute anstatt 40, 64 Millionen Menschen Brot und Erwerb. Die jährliche Volksvermehrung Deutschlands beträgt heute rund 900 000 Köpfe. Deutschlands jährlicher Außenhandel ist auf 15 Milliarden Mark angewachsen. Dann sehe man sich die ungünstige geographische Lage Deutschlands an. Im Osten grenzt es an das 125 Millionen Einwohner zählende Rußland, im Westen an Frankreich, das mit seinen afrikanischen Besitzungen rund 70 Millionen Einwohner zählt und auch das nordwestlich gelegene England, das heute der Beherrscher der Meere ist, und dem einschließlich seiner Kolonien 400 Millionen Menschen, das ist mehr als ein Viertel des gesamten Erdkreises, untertan sind, verfolgt den industriellen und handelspolitischen Aufschwung Deutschlands mit steigendem Neid und Mißvergnügen. Der Mehrbedarf des Deutschen Reiches an Einnahmen ist hauptsächlich verursacht durch seine steigenden Militär-, Marine und Kolonialausgaben. Man braucht kein Schwärmer für Militär und Marine zu sein — ich bin es bestimmt nicht — kann manche luxuriöse Ausgaben in Heer und Marine verurteilen und kommt trotzdem an der Tatsache nicht vorbei, daß Deutschland eine starke Wehrmacht braucht zu Wasser und zu Lande. Auch in den außereuropäischen Gebieten braucht Deutschland Stützpunkte für seinen internationalen Handel und Absatzgebiete für die heimischen Industrieprodukte in Form von Kolonien, wie auch auf die Dauer von dort Rohstoffe für unsere Industrie beschaffen werden müssen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind hauptsächlich bestimmt durch dessen politische Machtverhältnisse. Es hat eine Zeit gegeben, wo selbst das kleine Holland den deutschen Handelsschiffen an der Rheinmündung die erdenklichsten Schwierigkeiten machte. Heute, seitdem Deutschland erstarkt ist, ist das anders. Vor den Caprivischen Handelsverträgen von 1893 hatte Deutschland, obwohl 14 Mill. Einwohner weniger wie heute, eine bedeutend größere Auswanderung wie gegenwärtig; viele Deutsche mußten im Ausland Erwerb suchen. Heute ist das Entgegengesetzte der Fall; heute werden bei normaler Wirtschaftslage in Deutschland Hunderttausende Ausländer beschäftigt. Bei einem Lande, das seine Bevölkerung nicht ernähren kann, ist ein dauerndes wirtschaftliches Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse eine bare Unmöglichkeit. Heute beziehen die der gewerblichen Unfallversicherung unterstehenden Personen eine jährliche Lohnsumme von rund 8½ Milliarden Mark. Das wäre ausgeschlossen, trotz Gewerkschaftsbewegung, wenn nicht die deutsche Volkswirtschaft innerlich gefestigt und der deutsche Außenhandel im letzten Jahrzehnt eine so günstige Entwickelung aufzuweisen hätte. An dessen ruhiger Weiterentwickelung sind die deutschen Lohnarbeiter auf das lebhafteste interessiert. Die Sozialdemokratie würde ihre blauen Wunder erleben, wenn sie heute in Deutschland zu politischer Macht gelangen würde und nach den Grundsätzen verfahren wollte, die sie seither die Massen gelehrt. Internationale Friedensverträge sind ganz ideal; trotzdem werden sie noch lange Zeit, wenn nicht für immer, an der Wirklichkeit scheitern. Ob es jemals dahin kommen wird, daß Amerikaner, Engländer, Franzosen, Deutsche, Russen, Japanesen, Chinesen usw. „ein einig Volk von Brüdern" werden, steht dahin. Unsere gegenwärtige Generation erlebt es zweifellos nicht. Bis jetzt hat die internationale Sozialdemokratie nicht einmal dem Nationalitätenhader in Oesterreich wesentlich Abbruch zu tun vermocht. Deutschland wird also im nächsten Menschenalter im Interesse seiner Selbsterhaltung einer starken Wehrmacht nicht entraten können. Und wenn diese notwendig ist, müssen auch die Mittel dafür beschafft werden.

Die große Frage ist damit selbstverständlich nicht beantwortet, ob bei der letzten Reichsfinanzreform die Steuerverteilung eine gerechte war. Darüber kann man sehr gut geteilter Ansicht sein. Auch hier eine Vorbemerkung: Die bürgerlichen Parteien haben sich in dieser Frage gegenseitig nicht das mindeste vorzuwerfen. An der Steuergestaltung waren alle bürgerlichen Parteien beteiligt, und die Tatsache kann nicht aus der Welt diskutiert werden, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite anbelangt — und darauf kommt es uns Arbeitern doch hauptsächlich an —, das Steuerbukett den breiten Massen nicht wohlriechender serviert hatten, als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zusammenfanden. Wenn also auch liberale und freisinnige Zeitungen gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten losziehen, so macht das keinen Eindruck. Daraus spricht höchstens parteipolitische Verärgerung, die mit dem sozialen Gebiet nichts zu tun hat. Als Arbeiter wäre es uns zweifellos am liebsten gewesen, wenn die ganzen Steuern auf die besitzenden Klassen abgewälzt worden wären.

Mit schönen Wünschen werden indes keine Steuern gemacht,

denn Steuern zahlt niemand gern. Hier kommt es auf den politischen Einfluß an, über den die einzelnen Gruppen verfügen. Und dieser ist für die deutsche Lohnarbeiterklasse der denkbar geringste. Die christliche Arbeiterbewegung allein ist in großen politischen Fragen als bestimmender oder wesentlich beeinflussender Gesetzgebungsfaktor noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie dagegen stellt sich durch ihre doktrinäre Politik außerhalb des Gegenwartsstaates. Den rechtgläubigen sozialistischen Standpunkt vertretend, schrieb die „Leipziger Volkszeitung" (Nr. 213):

> „Seit wann haben wir denn dem bestehenden System Geldmittel zu schaffen? Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß die Finanzreform zustande kommt. Sie hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß sie nicht zustande kommt, daß der Finanzjammer chronisch wird. Schließlich ist eine derartige Verweigerung der Einnahmen nur eine Konsequenz der Verweigerung der Ausgaben, wie sie durch den Nürnberger Beschluß erst im vorigen Jahre als der Wille der Partei ausgesprochen worden ist."

Daß 1908/09 neue Einnahmen für das Reich notwendig waren, ist von keiner, auch von sozialistischer Seite nicht, bestritten worden. Wenn aber die Sozialdemokratie als angebliche „Arbeiterpartei" „alles Interesse daran hat", daß die Reichsfinanzreform „nicht zustande kommt", dann ist es logisch und selbstverständlich, daß jede Regierung dieses Gesetzgebungswerk hauptsächlich mit Vertretern anderer Interessengruppen machen muß. Ist es dann ein Wunder, wenn die Arbeiterinteressen schließlich dabei zu kurz kommen? Wer zur gegebenen Stunde nicht auf dem Boden der Möglichkeiten mitarbeitet, sondern in Wolkenkuckucksheimen phantasiert, hat sich aber auch das Recht verwirkt, nachträglich über den Inhalt von Gesetzen zu räsonnieren. Ja, noch mehr: die sozialdemokratische Partei hat bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform mit den Arbeiterinteressen ein frivoles Spiel getrieben. Die sozialdemokratische Fraktionspolitik, insbesondere die des revisionistischen Flügels, drehte sich bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform, wie auf dem Leipziger Parteitage deutlich ausgesprochen wurde, lediglich um die Frage: Wie erzielen wir eine Reichstagsauflösung? Als ob damit den Interessen der Arbeiter, die zu vertreten die Sozialdemokratie vorgibt, gedient wäre! Nicht im entferntesten! Das Gegenteil wäre eingetreten! Die 500 Millionen Mark neuer Steuern hätten von einem etwa neugewählten Reichstag genau so bewilligt werden müssen, wie von dem alten. Und die Sozialdemokratie hätte infolge der von ihr betriebenen „grundsätzlichen" Politik, selbst bei einem Mandatzuwachs im neuen Reichstag, ebensowenig zu sagen, wie im alten. Sie verfügte 1898 über 56 Sitze und hatte auf den

Gang der Gesetzgebung keinen Einfluß, schnellte 1903 auf 81 Sitze empor, ohne daß sich die „Welt gewendet" hat, wie der Vorwärts damals am Wahltage frohlockend ausrief, und als sie 1907 wieder auf 43 Sitze zurückgeworfen wurde, ist die Tagespolitik ebenso ungestört ihrer Weg weiter gegangen. Eine Reichstagsauflösung hätte also das Zustandekommen der Reichsfinanzreform nur um ein Jahr verzögert. Und die Folge wäre gewesen, daß das gegenwärtig so daniederliegende deutsche Wirtschaftsleben um ein weiteres Jahr in seiner Konsolidierung gehemmt worden wäre und der den Arbeitern dadurch verursachte Verdienstausfall mindestens eine um ein Mehrfaches betragende Höhe betragen hätte, als die jetzt auf sie entfallenden neuen Steuern, welche die Sozialdemokratie doch nicht hätte abwehren können. Mit sozialdemokratischen Agitationserfolgen kann sich die Arbeiterschaft in der Gegenwart kein Brot kaufen. Darüber sagt natürlich die sozialdemokratische Agitation nichts; an Stelle von sachlichen Gründen arbeitet man mit der verwerflichsten Scrupellosigkeit und unübertrefflicher Verlogenheit. In Nummer 229 der Rheinischen Zeitung vom 2. Oktober befindet sich ein Bericht von einer Transportarbeiterversammlung, nach dem der Referent ausgeführt hat: „Durch die vom Reichstag durch den schwarz-blauen Block beschlossenen neuen Steuern werde eine fünfköpfige Familie um etwa 100 Mk. jährlich mehr belastet." Wie steht es damit in Wahrheit?

Die Steuern betragen: Biersteuer 100 Millionen oder pro Liter 2 Pfg., Branntweinsteuer 80 Mill. oder pro Liter 15 Pfg., Tabaksteuer 45 Millionen oder pro 5-Pfg.-Zigarre ½ Pfg., Kaffee und Tee 37 Millionen oder pro ein Pfund ungebrannten Kaffee 10 Pfg., Zündholzsteuer 23 Millionen oder pro Schächtelchen 1½ Pfg., zusammen 285 Millionen. An der Schaumweinsteuer 5 Millionen, der Glühkörpersteuer 20 Millionen, der Wertzuwachs-, Talon-, Wechsel-, Effektensteuer usw. 110 Millionen, partizipieren die Arbeiter nicht.

Die Zahl der Familien beträgt in Deutschland 14½ Millionen, darunter etwa 4½ Millionen Arbeiterfamilien. Wenn auf die Familie 100 Mk. Steuern entfielen, müßten sonach 1450 Millionen Verbrauchssteuern gemacht worden sein; bewilligt wurden 285 Millionen. Um 100 Mk. zu den neuen Steuern beizutragen, müßte eine Familie mindestens 1500 Liter Bier und mehrere Hektoliter Schnaps verkonsumieren. Und solche „Säuferfamilien" bilden in Deutschland, Gott sei Dank, nicht den Durchschnitt. Acht Zeilen nach dem soeben zitierten Satz heißt es dann in derselben Rheinischen Zeitung: „Die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel könnten wir nicht so leicht abwälzen, dagegen sei es uns möglich, die Steuern auf Genußmittel, als da sind: Bier, Branntwein und Tabak, durch Enthaltsamkeit zu umgehen." Dieweil entfallen auf „Bier, Branntwein und Tabak" 79 Prozent sämtlicher Verbrauchssteuern. Diese Steuern sind also dem sozialdemokratischen Redner und der Rheinischen Zeitung zufolge zu gleicher Zeit „durch Enthaltsamkeit zu umgehen", wodurch „eine fünfköpfige Familie um etwa 100 Mk. jährlich belastet" wird. Die Versammlung aber erklärte „sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden"! Und das alles können sozialdemokratische Redner ihren Zuhörern und sozialdemokratische Blätter ihren Lesern bieten!

In einer im Verlage der Nürnberger (sozialdemokratischen) Fränkischen Tagespost erschienenen Broschüre: „Der dumme Teufel" heißt es auf Seite 3:

„Indirekte Steuern sind die stärkste Wehr des Absolutismus. Einmal bewilligt, machen sie die Regierung unabhängig vom Parlament. Nur wenn man die Regierung an die Kette direkter Steuern legt, hat das Parlament die Macht über sie."

Ein Satz, womit zweifellos in Massenversammlungen Beifall zu erzielen ist. Auch ich ziehe das direkte dem indirekten Steuersystem vor. Es gibt aber keinen ernsthaften Sozialdemokraten in Deutschland, der daran glaubt, daß nachdem seither der Steuerbedarf des Reiches fast ausschließlich aus Zöllen und indirekten Steuern bestritten worden ist — die direkten Steuern erheben die Einzelstaaten und Kommunen —, nun auf einmal 500 Millionen direkter Besitzsteuern hätten erreicht werden können. Selbst der sozialdemokratische Parteitheoretiker Kautsky schreibt in seiner Schrift „Die soziale Revolution" (Berlin 1907. Vorwärtsverlag) S. 77:

„Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche Steuer (progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer) alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erhielten . . . so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Versuchungen zu Steuerdefraudationen. Aber selbst wenn es gelänge, jede Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommens- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschnitte, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Ueber ein gewisses Maß kann man also bei dieser Steuer heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte."

Der ehemalige Vorwärts-Redakteur Eisner in Nürnberg will also „die Regierung an die Kette direkter Steuern gelegt" haben, während nach Kautsky man heute „über ein gewisses Maß" nicht hinaus kann, „selbst, wenn man die politische Macht dazu hätte".

So entgegengesetzt malt man sich die Welt in den führenden Köpfen der Sozialdemokratie aus. Die Sozialdemokratie zieht jetzt landauf, landab, um die Arbeiterwähler bürgerlicher Parteien damit abzuschrecken, daß diese früher zu einzelnen Steuern den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hätten zu demjenigen, den sie heute einnehmen. Das ist m. E. nicht die größte Sünde der betreffenden Parteien. In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Maurer in 1907 führte der Abg. Bebel, indem er vor einem aussichtslosen Streik warnte, u. a. aus:

„Wenn nun also die Führer der Gewerkschaften heute der Meinung sind, daß das, was vor Monaten sie selber angeregt und unterstützt haben, heute aus bestimmten Gründen undurchführbar sei, dann, meine ich, sollte man ihnen daraus keinen Vorwurf machen — sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa sklavisch den Wünschen der Masse folgen, sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse prüfen und studieren und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können."

Das Gleiche muß schließlich auch politischen Parteien eingeräumt werden, denen es darum zu tun ist, praktische Politik zu treiben, und nicht bloß, wie die Sozialdemokratie, den Parlamentarismus als Agitationsinstrument zu benutzen. Die Tatsachen stören sich eben nicht an schöne doktrinäre Formeln, auch nicht an nett ausgeklügelte Parteiprogramme. Das hat die Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt erfahren müssen. Ich kenne sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, die kurz vor Verhandlungen mit Unternehmern in öffentlichen Versammlungen entschieden und unter allen Umständen an bestimmten Arbeiterforderungen festhielten, und wenige Stunden später im Verhandlungsraume, als mehr nicht herauszuholen war, Schritt für Schritt zurückwichen und noch am selben Tage mit dem Aufgebot ihrer ganzen Redekunst Massenversammlungen von der Richtigkeit ihres Verhaltens zu überreden suchten und überzeugten. Was ist das anders als ein „Umfall", den die Sozialdemokratie seit Jahren anderen Parteien als das größte Verbrechen und schnöden Verrat angekreidet hat? Wenn ich etwas nicht verstehe, dann ist es das, daß bürgerliche Parteien dergleichen sozialdemokratische Anwürfe jahrelang ruhig eingesteckt haben. Auch die Sozialdemokratie ist schon umgefallen. Gegen das 1906 vorgelegte Reichstagsdiätengesetz hat Singer in der ersten Lesung eine fulminante Brandrede gehalten, was aber nicht hinderte, daß die Sozialdemokratie bei der endgültigen Abstimmung dafür stimmte. Jede Partei sucht eben bei jedem Gesetze möglichst viel im Sinne ihrer Bestrebungen und Grundsätze herauszuschlagen, und wenn man dabei von vornherein zu nachgiebig ist, erreicht man schließlich nichts. Würde aber im entscheidenden Augenblick ebenfalls jede Partei auf ihren Einzelwünschen bestehen bleiben, dann wäre in Deutschland bei seinem vielgestaltigen Parteiwesen, wo zu jeder Mehrheitsbildung drei bis vier Parteien notwendig sind, überhaupt das Zustandekommen von Gesetzen eine Unmöglichkeit. So liegt die Sache in der Praxis, die allerdings von der Beurteilung durch sozialdemokratische Schlagworte sehr viel abweicht.

Welche Lehren

haben wir aus der Reichsfinanzreform zu ziehen? Wir müssen uns 1. in viel stärkerem Maße emanzipieren von der sozialdemokratischen Phrase. Phrase und Wirklichkeit müssen wir mit Nachdruck offenlegen und auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vordemonstrieren. Mit den sozialdemokratischen Lehrsätzen, mit denen seither die Massen aufgepeitscht wurden, ist in der Gegenwart absolut nichts anzufangen. Im Gegenteil: die gegenwärtige Arbeitergeneration wird durch sie geschädigt. Mit einem etwaigen Abschwenken ins sozialdemokratische Lager ist daher, von grundsätzlichen Erwägungen ganz abgesehen, der christlichen Arbeiterschaft nicht gedient. Die Sozialdemokratie hat heute mit 3½ Millionen Stimmen auf die politische Gesetzgebungsgestaltung nicht mehr Einfluß, als zu der Zeit, wo sie ½ Million Stimmen auf sich vereinigte. Und selbst bei 4 Millionen Stimmen steht der Sozialdemokratie noch ein Wählerheer von 9½ bis 10 Millionen gegenüber. Glaubt man, daß jemals diese oder eine Regierung sich den sozialdemokratischen Zukunftsstaat aufzwingen lassen würden? Das zeugt von einer beneidenswerten kindlichen Naivität! Da kennen die sozialistischen Revisionisten die vorhandenen Kräfte in Staat und Volkswirtschaft doch etwas besser. Was wir zu tun haben, ist, breite Volkskreise an der Arbeiterwelt politisch zu interessieren. Das geschieht dadurch, daß wir

2. größere Massen sammeln. Das ist notwendig für alle Gebiete der allgemeinen Politik, insbesondere auch für die Fortführung der gesetzlichen Sozialreform. Heute steht die Sache so: Die Sozialpolitik muß meistens gemacht werden auf Kosten der besitzenden Klassen, und wenn diese Sozialpolitik vorwärts gebracht werden soll, braucht jede Regierung eine starke Interessengruppe, auf die sie sich stützen kann. Diese starke Interessengruppe fehlt heute. Die christliche Arbeiterbewegung ist noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie scheidet als praktischer Gesetzgebungsfaktor aus. Die Annahme, daß etwa eine Regierung mit der Sozialdemokratie fortschrittliche Sozialpolitik und gegen sie und mit den Vertretern anderer Gruppen die übrige allgemeine Staatspolitik machen könnte, wäre mit einer großen politischen Kinderei gleichbedeutend. Nein, die Arbeiter müssen auch Verständnis zeigen für die übrigen Staatsbedürfnisse, mit ihnen muß auch allgemeine Politik gemacht werden können. Es ist eine große sozialdemokratische Agitationslüge, die Regierung sei nur der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen. Männer wie Posadowsky, Delbrück, Wiedfeldt, Kaspar usw. können nicht einfach als Reaktionäre abgetan werden. Warum war Posadowsky, dessen ernster Wille doch kaum angezweifelt wird, so wenig praktischer Erfolg in der Sozialpolitik beschieden? Die ihn umgebenden Schwierigkeiten waren eben zu groß. Und weshalb? Weil ihm die starke Interessengruppe fehlte, auf die er sich hätte stützen können und die auch bereit gewesen wäre, an der Erledigung der übrigen Staatsbedürfnisse praktisch mitzuarbeiten. Will man etwa Wiedfeldt als Reaktionär ankreiden, der den Arbeitern nur übel wolle? Er müßte fürwahr ein sonderbarer Kauz sein, wenn er dann jahrelang dem rheinisch-westfälischen Einigungsamt als Vorsitzender vorgestanden hätte. Denjenigen, die schon Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern mitmachten, ist bekannt, daß es eine undankbarere Aufgabe nicht geben kann, als einem Einigungsamt vorzustehen. Je stärker die gegenwärtige, gegenüber Staatsbedürfnissen versagende Sozialdemokratie wird, ein umso unentbehrlicherer Faktor werden in einem konstitutionellen Staatsgebilde die Scharfmacher und sozialpolitischen Reaktionäre, die schließlich in diesem Falle jede Regierung zur Führung der Staatsgeschäfte nicht entbehren kann. Verfügt die christliche Arbeiterbewegung über größere Massen, dann kommt

3. ein stärkerer politischer Einfluß ganz von selbst. Der Einfluß der englischen und amerikanischen Arbeiterschaft auf die Gestaltung der Gesetzgebung ist zweifellos größer, als der der deutschen, trotzdem dort die Gewerkschaftsbewegung auf ähnlichem Boden sich betätigt, wie es bei den christlichen Gewerkschaften Deutschlands der Fall ist. Eine Arbeitermassenbewegung wirkt, wenn ihre Anhänger auf die verschiedenen Parteien verteilt sind, ganz von selbst in sozialer Hinsicht auf die praktische Gesetzgebungsgestaltung zurück. Damit ist uns unser Aufgabengebiet vorgezeichnet. Wie es durchgeführt wird, hängt von uns ab. Die Entwickelung der christlichen Gewerkschaften kann, das steht heute schon fest, wenn deren Funktionäre ihre Pflicht tun, durch die sozialdemokratische Hetze nicht aufgehalten werden. So leicht werden die Mauern von Jericho nicht umgerannt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird diese Hetze ebenso und besser überstehen, wie jene anläßlich des Zollkampfes von 1902 und den Kampf im Anschluß an die Konferenz in Zürich im Jahre 1908, wo katholische Fachabteilungen und Sozialdemokratie sich in holder Eintracht gegen uns zusammenfanden, und wo die Herren Bischöfe mit sozialdemokratischen Zeitungen, die angestrichene Artikel gegen uns enthielten, bombardiert wurden. Die christlichen Gewerkschaften sind keine im Treibhaus aufgepäppelte Pflanze. Stellen wir uns allseitig in den Dienst der Aufklärungsarbeit, ziehen wir gegenüber der Arbeiterschaft nachdrücklichst den Vergleich zwischen sozialdemokratischer Phrase und Wirklichkeit, dann wird auch die Reichsfinanzreform gegenüber der sozialdemokratischen Hetze für uns ein Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft!

Cöln. A. Stegerwald.

Ein Beitrag zu dem Kapitel: Berufsfragen für die Frauen.

Die Werkstatt für deutsche Spitzenkunst.

Von einer Frau wird uns geschrieben:

Wenn man die übergroße Zahl der arbeitslosen männlichen Kollegen betrachtet und sieht dann so viele Hausfrauen und Mütter zur Fabrik gehen, so wünscht man sehnlichst, diesem Uebelstande abzuhelfen. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist in der Zeit von 1895 bis 1907 von 5 264 393 auf 8 243 498, also um 2 979 105, das ist 56,6%, gestiegen. Die Zahl der Dienenden dagegen ist von 1 313 157 auf 1 249 383, also um 4,9% zurückgegangen. So werden die Arbeiterinnen ihrem eigentlichen Berufe, dem Hausfrauen- und Mütterberuf, immer mehr entfremdet.

Es muß nun zugegeben werden, daß manche Arbeiten in den Fabriken viel besser von Frauenhänden gemacht werden können, z. B. in vielen Zweigen der Textilindustrie, in Waschanstalten, Färbereien usw. Es arbeiten aber auch viele Frauen in Betrieben und Werkstätten, wo die Arbeit dem Frauenorganismus großen Schaden zufügen kann. Da seien nur erwähnt die Arbeiten im Bergbau, Hüttenwesen, im Baugewerbe usw. Es wäre zu wünschen, daß es den gewerkschaftlichen Organisationen der Männer gelänge, die Frauenarbeit aus diesen Gewerben ganz zu verdrängen.

So sehr dieses zu wünschen ist, so verkehrt wäre es, wollte man die Frau aus allen Gewerben hinausputzen. Wenn es Arbeiten gibt, die die Frau besser leisten kann als der Mann, so wäre es töricht, wollte man da die Arbeiterin verdrängen und durch männliche Kollegen ersetzen. Es wäre nicht nur töricht, sondern auch ungerecht. Bekanntlich beherbergt das deutsche Reich viel mehr Personen weiblichen als männlichen Geschlechts. Es heißt, auf eine Mannsperson kämen sieben Frauen. Diese weiblichen Personen, die „keinen Mann bekommen", wollen doch auch leben, müssen sich das zum Lebensunterhalt Notwendige verdienen. Es wäre doch ungerecht, wollte man ihnen die Gelegenheit, zu verdienen, nehmen. Es wäre das auch wenig christlich gehandelt.

Etwas anders ist es, wenn die männlichen Kollegen verlangen, daß diese Arbeiterinnen sich den gewerkschaftlichen Organisationen ihres Berufes anschließen. Da haben sie recht. Ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaften viel mehr zum Besten der Arbeiter und Arbeiterinnen erreichen, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind, so ist es ja auch zum Besten der Arbeiterinnen selber. Die unorganisierten Arbeiterinnen unterbieten sich nur gar zu gerne. Wenn die eine es zu dem Preise nicht machen will, so tut's die andere. Daraus ist es zurückzuführen, daß Frauenarbeit so wenig Wert hat und schlechter bezahlt wird wie die gleiche Männerarbeit.

Die Hausfrauen und Mütter, welche tagtäglich hinaus in die Fabrik müssen, gehen nun auch nicht zum Vergnügen dorthin, wenn es auch Ausnahmen gibt, die da sagen, daß sie zu Hause „nicht Arbeit genug hätten". Wollte man diesen Frauen die Arbeit in den Fabriken verbieten, ohne ihnen gleichzeitig eine neue Erwerbsquelle anzugeben, so würde man die ganze Familie der Not übergeben. Sie wüßten uns keinen Dank.

Allen weiblichen Personen, welche für den Lebensunterhalt zu sorgen haben, hat sich in Deutschland ein neuer Erwerbszweig eröffnet.

Es ist die deutsche Spitzenkunst.

Es wird allen bekannt sein, daß die hohen und höchsten Herrschaften ihren Bedarf an Spitzen bisher im Auslande gedeckt haben. Man hat den deutschen Frauen damit indirekt ein Armutszeugnis ausgestellt. Nun hat sich in Berlin eine Werkstätte für deutsche Spitzenkunst gegründet, die Zweigschulen in allen großen Städten des Landes errichtet und Wanderkurse für die Bevölkerung des Landes und der kleinen Städte eingerichtet hat. Die Zentrale ist in Berlin. Die „Werkstätte für deutsche Spitzenkunst" hat sich zur Aufgabe gestellt, eine Volkskunst und Hausindustrie zu schaffen, die von den Künstlern des Landes erdacht und von den Frauen des Landes ausgeführt werden soll. Es ist dies eine lohnende Beschäftigung und eine solche, die der Gesundheit der Frauen am wenigsten schadet, da von Maschinentreten u. dergl. gar keine Rede sein kann. Auch ist's ein Erwerbszweig, der den Frauen nicht mehr genommen werden kann, da es eine „Kunst" ist und Kunstarbeit nicht durch Maschinen ersetzt werden kann. Dann haben unsere Mütter auch noch den Vorteil, daß sie zu Hause bleiben und doch noch mit verdienen können. Das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dann fällt auch in so manchen Arbeiterfamilien das „Ungemütliche" und somit der zwischen so manchen Eheleuten gelegene „Stein des Anstoßes" fort.

Ostern kommen wieder so und so viele Mädchen aus der Schule, und so mancher Mutter drängt sich das Wort auf die Lippen: Was nun? Man kann sich für keinen Beruf erwärmen, weil alle sozusagen überfüllt sind. Den Müttern möchte ich den Rat geben: Laßt eure Töchter in der Spitzenkunst ausbilden, sie haben dann ein gutes und sicheres Brot und wachsen auf unter euren Augen. Die Verführung naht sich ihnen nicht so, wie in so vielen andern Berufen.

Wer von den Lesern und Leserinnen eine arbeitslos werdende Tabakarbeiterin kennt, mache sie auf die „Werkstatt für deutsche Spitzenkunst", Berlin, Potsdamerstr. 45, aufmerksam. Dort wird jede gewünschte Auskunft gerne gegeben.

Es wäre zu wünschen, daß sich recht viele Arbeiterinnen für diesen Beruf entschieden, damit die Frauenarbeit im allgemeinen im Werte steige und nicht mehr so viele Familienväter monatelang arbeitslos herumlaufen müssen. Manche Arbeiterin, die sonst zur Fabrik gegangen wäre, findet in der Spitzenkunst lohnende Beschäftigung; sie hat also keine Ursache, sich für einen niederen Lohn anzubieten und so zur Lohndrückerin oder gar zur Streikbrecherin zu werden.

Frau M.-Düsseldorf.

Schutzlos.

Ein Bild aus dem Leben russischer Textilarbeiter.

Es ist Freitag früh 9 Uhr. In einer Offizine an der Pankauerstraße in Lodz (Russisch Polen) steht Herr Y. nachlässig an einen Stoß Ware gelehnt, beide Hände in den Westentaschen, die Daumen nach vorne gespreizt. Sein Meister, ein Arschinmaß in der Faust, den Schalksblick im Gesicht, geht wartend auf und ab. Schon öffnet sich die Tür. Vorsichtig, zögernd schiebt sich ein Mann herein, in dem man, auch wenn er nicht das Stück Ware auf der Achsel hätte, sofort den Lohnweber erkennen würde. Schüchtern legt er das Stück auf den langen Tisch, hinter welchem sich der Meister mit einem lauernden Blick auf die Ware aufgestellt hat. Das Stück wird aufgewickelt und durchgeschaut. Verschiedene Fehler, die nur in der Phantasie des Meisters bestehen, werden mit allerhand Schimpfworten, die der Weber ohne äußere Zeichen innerer Erregung über sich ergehen läßt, gerügt.

Nun wird das Stück gemessen. Eifrig zählt der Weber im stillen mit. Er hat 73 gezählt und schon ist das Stück zu Ende; und doch, er weiß es genau, es müssen 78 Arschin sein, aber er schweigt. Der Meister nimmt das Buch und schreibt 73 Arschin. Schüchtern wagt der Weber nach einigem verlegenen Räuspern zu sagen: sind's nicht mehr, ich hatte 78 gemessen. Aber kaum ist das Wort seinen Lippen entflohn, da muß er einen Schwall der allerschmählichsten Schimpfworte über sich ergehen lassen. Unter diesen Schimpfworten nimmt das Wort Betrüger einen hervorragenden Platz ein. Er wagt nicht mehr zu widersprechen. Der Meister berechnet. Er erhält sein Buch. Laut Berechnung fehlen 4 Pfund Schuß. Mit einem stummen Kopfschütteln macht der Weber einem anderen Platz, bei dem sich dieselbe Prozedur wiederholt.

Unterdessen ist Herr Y. in sein Kontor getreten, welches sich im Lagerraum befindet. Der Weber geht langsam nach, doch fast bei jedem Schritt bleibt er stehen. 10 Gulden Lohn zu wenig, 4 Pfund Schuß soll er veruntreut haben, und doch hat er alles so genau in Acht genommen, daß auch nicht das Geringste fehlen soll. Er, der noch nie einem Menschen auch nur eine Stecknadel veruntreut hat. Hat er sich doch die Worte „Du sollst nicht stehlen", die ihm seine selige Mutter so oft vorgesagt hat, tief eingeprägt und stets hat er dieses Gebot auf das gewissenhafteste befolgt. Die Worte von vorhin Betrüger usw. steigen wieder in ihm auf. Er ein Dieb, ein Betrüger! Das nagt an seinem Herzen, es frißt an seiner Seele.

Endlich ist er im Kontor. Was wollen Sie? Schüchtern legt er sein Buch auf den Tisch. Warten! Er geht ins Lager zurück, wo sich unterdessen noch mehr Weber angesammelt haben. Sie warten; es wird Mittag. Herr Y. geht zum Essen. Auch bei den Webern stellt sich der Hunger ein. Sie gehen. Ein kärgliches, dafür um so teureres Mittagessen nehmen sie gemeinsam in irgend einer Schenke ein; aber sprechen, sich gegenseitig das Herz ausschütten wegen solcher Ungerechtigkeiten, wagt niemand. Wohl sind sie Kollegen, oft Freunde, vielleicht gar Brüder, aber ihr Innerstes voreinander aufdecken oder gar sich besprechen, auf welche Weise hier gebessert werden könnte, das traut sich keiner. Stumm sitzen sie nebeneinander. Es wird 3 Uhr. Sie gehen wieder zurück. Auch Herr Y. kommt ins Kontor. Sie warten. Schüchtern wagt einer zu sagen: Herr Y. bitte es ist schon 5 Uhr, wir haben einen weiten Weg nach Hause und es ist stürmisches Wetter. Mit einer Verwünschung wird ihm das Buch abverlangt, er erhält sein Geld und seine sofortige Entlassung. Warum wagte er auch den Herrn daran zu erinnern, daß die Weber auf ihren Lohn warten! Nun wird einer nach dem andern abgefertigt. Endlich kommt auch die Reihe zu unseren Weber. Er bittet den Herrn um Entschuldigung. Er wagt einen schüchternen Versuch. Er habe doch richtig gemessen. Es müssen 78 Arschin sein und fehlen könne kein Schuß. Aber da kommt er schön an. Dem Gericht wird ihn der Herr übergeben. In der Nacht wird er ihn abholen lassen. Nach Sibirien wird er ihn schicken lassen. Arbeit wird er in ganz Lodz nicht mehr kriegen.

Der Weber schweigt schon längst. Sibirien! hu, wie ein Verbrecher nach Sibirien, nein, nein, lieber

Die „gelbe" Gefahr.

Gelbe und vaterländische Arbeiterorganisationen bilden seit neuerer Zeit ein Gegenstand der amtlichen Statistik. Das ist nicht verwunderlich. Obwohl im Gegensatz zu den beiden großen gewerkschaftlichen Organisationsgruppen stehend, oder gerade deshalb sind die gelben Vereine nicht nur die Lieblingskinder so mancher gewinnsüchtiger Industriellen, sondern auch gewisser Politiker geworden. Des deutschen Reichs gewesener Kanzler, Fürst von Bülow, hat sich ihnen verschrieben und noch manch anderer Regierungsmann soll als „Förderer" dieser Truppe dienen. Die „Gelben" werden also jetzt von der amtlichen Statistik behandelt; sie haben eine Rubrik hinter den „vaterländischen Arbeitervereinen" im „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich". Die Zahl der „Gelben" in den verschiedenen örtlich gemischten Berufs- und Werkvereinen betrug Ende 1908 zusammen 65 338 Köpfe. Die Gesamteinnahme wird angegeben mit 347 784 M., die Gesamtausgabe im Jahre 1908 268 871 M. und das Vermögen Ende 1908 380 574 M. Die Vereine im Einzelnen sind nicht aufgeführt, wie auch über die Zeit ihrer Gründung in der Statistik nichts gesagt ist. Auffallend groß ist die Zahl der „Gelben" in Bayern. In den gelben Werkvereinen finden sich da 13 358 Mitglieder, dazu kommen 500 Mitglieder des gelben Arbeiter-Unterstützungsvereins Pirmasens. Die Stadt der Intelligenz, Berlin, hat allerdings mehr, und zwar 21 124 Gelbe in ihren Mauern.

Im „Reichsarbeitsblatt" Nr. 9 vom Sept. 1909 finden sich noch einige nähere Angaben über die gelben Organisationen. Darnach verteilen sich die 65 338 Mitglieder auf 79 Vereine, wobei reine Spar-, Prämien- und Versicherungsvereine nicht gezählt sind. Sodann wird gesagt:

„Die Werkvereine, die geographisch zusammengefaßt zur Darstellung gebracht sind, haben ihre größte Verbreitung im Königreiche Bayern gefunden, in dem Bundesstaate, von dem diese Bewegung ausging. Auf das Königreich Bayern ohne die Pfalz kommen 24 Vereine mit 13 538 Mitgliedern. Diese Vereine vereinnahmten 153 395 M. und verausgabeten 138 805 M., ihr Vermögen beträgt 1908 172 026 M. Unter den bayerischen Vereinen ist der größte der Arbeiterverein vom Werke Augsburg mit 2546 Mitgliedern, 60 728 M. Einnahmen, 51 807 M. Ausgaben und 133 391 M. Vermögen.

In Dresden besteht eine „Freie Vereinigung Deutscher Metallarbeiter" mit 1860 Mitgliedern und 22 597 M. Vermögen. Dieser Verein entstand kurz nach Aufhebung der großen Aussperrung, die der Verband der Metallindustriellen im Bezirke Dresden im Jahre 1906 über die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften in der Metallindustrie verhängt hatte. Die älteren Arbeiter der Firma Seidel und Naumann bildeten eine Gegenorganisation, die bald aus einer Reihe anderer Fabriken Zuzug erhielt.

Ueber 2000 Mitglieder hat noch der Werkverein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Amberger Emaillier- und Stanzwerke, Amberg (2312), je über 1000 haben der Unterstützungsverein Siemens-Schuckertscher Arbeiter und Arbeiterinnen, Nürnberg (1137) und der Arbeiterverein für die mechanische Baumwoll-Spinnerei und -Weberei, Augsburg (1074).

Für Berlin und Umgegend konnten 15 Vereine mit 21 124 Mitgliedern festgestellt werden. Der größte Verein ist der Unterstützungsverein der Siemenswerke, Charlottenburg, dem 8716 Mitglieder angehören, dann folgt der Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, Berlin mit 7872 und der Hilfsverein der Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft Berlin mit 2305 Mitgliedern.

Unter den 7 Vereinen, die auf die Provinz Sachsen fallen, zählt der Arbeiterverein vom Grusonwerk, Friedr. Krupp Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau, mehr als 1000 Mitglieder (1441). Das Rheinland hat zwei große gelbe Vereine: den Hüttenarbeiterverein der Luxemburger Bergwerks-Akt.-Ges. Burbacher Hütte bei Saarbrücken (4300 Mitglieder) und den Hüttenarbeiterverein Völklingen, Völklingen (1285 Mitglieder). In Hamburg besteht ein gelber Verein unter den Hafenarbeitern: die Spar- und Unterstützungskasse der Schauerleute des Hafenbetriebsvereins, Hamburg, mit 1156 Mitgliedern.

Eine lose Zusammenfassung findet eine Anzahl dieser Vereine im Gelben Arbeitsbunde zu Berlin. Dieser wiederum hat sich nebst anderen Vereinen in dem „Schriftamte der gelben Arbeitervereine" zu Augsburg vereinigt."

Augsburg also hat den „Ruhm", Ausgangs- und Mittelpunkt der gelben Bewegung zu sein. Auf der Generalversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, die im September 1908 in dieser Stadt abgehalten wurde, hat ein Redner gelegentlich der Festversammlung darauf angespielt und nach dem vorliegenden Protokoll gesagt:

„Augsburg ist eine alte Stadt mit viel Sehenswertem und Altertümlichem. Altertümlich ist auch heute noch das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist ein patriarchalisches. An dem Worte wäre schließlich nichts auszusetzen, aber wie es in Augsburg ausgelegt wird, damit kann man doch nicht einverstanden sein. Hier sagen die Industriellen als Arbeitgeber zu ihren Arbeitern: Ihr habt zu arbeiten, soviel erhaltet ihr Lohn, und wir sorgen für euch durch eine ganze Reihe von „Wohlfahrtseinrichtungen" (Heiterkeit). Sie sind so besorgt, daß sie auch ihre Arbeiter von den Organisationen abhalten und sie somit hindern, daß sie Ausgaben machen (Erneute Heiterkeit). Mit gleicher Liebe werden ja die Angestellten, die Fabrikbeamten und die Ingenieure von denselben Industriellen umfangen. Das ist doch etwas Altertümliches, was Nettes, was Fürsorgliches (Heiterkeit)."

Die Niederhaltung der gutwilligen Augsburger Arbeiterschaft ist von jeher systematisch betrieben worden. Die Augsburger Industriellen haben es von jeher verstanden, die Mehrzahl ihrer Arbeiter durch Wohlfahrtseinrichtungen über ihre mißlichen Verhältnisse hinwegzutäuschen. Nach der Gründung des christlichen Textilarbeiterverbandes für Bayern, 1897, wurde von diesem festgestellt, daß 1896 der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters der Textilindustrie in Augsburg täglich nur 2,06 M. betrug. Viele Hunderte hatten nur einen Lohn von 80 Pfg. bis 1 M. täglich. Als dann auf Grund dieses Materials die „Neue Bayer. Zeitung", in welcher Kollege Schirmer als Redakteur tätig war, heftige Angriffe gegen die Augsburger Industriellen erhob, verteidigten sich diese mit ihren Wohlfahrtseinrichtungen. Die Presse, darunter die „M. N. Nachr." wiesen darauf hin, daß die Maschinenfabrik Augsburg allein „in den Jahren 1892 mit 1893 aus eigener Tasche der Arbeiter-Unterstützungskasse nicht weniger als 194 763 M." zugewendet habe. Diese Spende, im Durchschnitt jährlich 27 500 M., gab dem Blatte Anlaß zu einer großen Lobhudelei, indem es also schrieb:

„Wir sehen aus diesen Wohlfahrtseinrichtungen, denen sich die zahlreicher anderer hiesiger Etablissements würdig zur Seite stellen, in welch' hervorragender Weise die Augsburger Industrie um das Wohl ihrer Arbeiter besorgt ist und glauben nochmals die bestimmte Versicherung abgeben zu können, daß die hiesigen Arbeiterkreise den diesbezüglichen Auslassungen der „N. B. Ztg." vollkommen ferne stehen, dieselben sogar als ihren Zwecken in jeder Weise undienlich verabscheuen."

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die sich heutzutage oft recht radikal gebärden, haben gegen die traurigen Arbeitsverhältnisse in Augsburg so gut wie nichts ausgerichtet. Auch sie konnten dem vielseitigen „Wohltätigkeitssinn" der Industriellen nicht widerstehen. Sie erscheinen vielmehr als die Vorläufer der „Gelben". Das geht aus einer Auslassung der „Münch. N. Nachr." Nr. 449 vom Jahre 1897 deutlich hervor. Dieses Blatt, wie auch andere Blätter, wandten sich scharf gegen die Gründung christlicher Gewerkschaften. Mit Bezugnahme auf die Gründung des bayer. Textilarbeiterverbandes in Augsburg schrieb das genannte Blatt:

„Es wäre unserer Ansicht nach die Pflicht des Liberalismus, gegen Gründungen, wie der katholische Textilarbeiter- und der Eisenbahnerverband (beide Verbände wurden von Anfang an interkonfessionell organisiert), Front zu machen, da sie in letzter Instanz nichts sind, als ein „Fischzug Petri" zum Massenstimmenfang."(?) Wären sie das nicht, so würde man sich der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften erinnern, die auch für Textilarbeiter existieren und faktisch auf wirtschaftlicher Basis stehen. Ihnen soll aber der Boden abgegeben werden weil der Liberalismus seither eine kräftige Unterstützung aus den Reihen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften genoß."

Hier wird klipp und klar gesagt, daß die Hirsch-Duncker als Hilfstruppen einer politischen Partei fungierten und daher gegen liberale Fabrikanten nicht vorgehen durften. Man war „ordnungsliebend" und lebte von den Brosamen, die abfielen. So stehen also die „Gelben" in Augsburg auf historischem Boden. Die „Augsb. Abendztg." vertrat dieselbe Ansicht, wenn sie in ihrer Nummer vom 14. Juni 1907 schrieb:

„Im Grunde bilden ja diese „gelben" Vereinigungen nicht anderes, als eine .... Wiederaufnahme des Gedankens, der den Arbeiterbildungsvereinen zu Grunde lag .... Auch in diesen Vereinen wirkten Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Verein mit Personen anderer Stände zusammen, um der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit Ausdruck zu geben."

Die Sache wird noch klarer, wenn man weiß, daß aus diesen Arbeiterbildungsvereinen viele Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften hervorgingen, daß zwischen beiden Vereinigungen zumeist ein recht inniges Verhältnis herrschte.

Ist auch die Zahl der gelb Organisierten eine verhältnismäß kleine, so wäre es doch falsch, sie unbeachtet zu lassen. Im letzten Jahre sind sie um 16 625 Personen gewachsen und ein Teil der Industriellen ist eifrig bemüht, diese Bewegung weiter zu heben. Die Maschinenfabrik Augsburg z. B. soll zur Förderung der gelben Organisation bereits mehr als 300 000 M. aufgewendet haben. In erster Linie handelt es sich darum, die Arbeiterbewegung zu zersplittern, die Stoßkraft der ernsten, um die Hebung des Arbeiterstandes besorgten Arbeiterorganisationen zu schwächen. Die Fabrikantengründer haben deshalb auch in den Satzungen der gelben Werkvereine zumeist bestimmt, daß ihr Anschluß an andere größere Arbeiterverbände ausgeschlossen sein soll. Man will also auch keine zentralisierte gelbe Organisation und die einzelnen Vereine gesondert unter Ueberwachung halten, damit sie ja keine „Dummheiten" machen, wenn gelegentlich bei den Mitgliedern das proletarische Gefühl erwachen sollte. Der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation beruht bekanntlich auf ihre Stärke, der Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihrer Bewegung, ihrem Programm und ihrer Taktik. Durch ihre Sonderstellung in der Arbeiterbewegung stören die „Gelben" die Einigkeit und schädigen so die Interessen ihrer Standes- und Klassengenossen.

Das Programm der Gelben entspricht auch viel mehr den Interessen der Arbeitgeber als wie jenen der Arbeitnehmer. „Es ist das Charakteristische aller „gelben" Organisationen, daß an die Stelle des Arbeiterinteresses das Arbeitgeberinteresse substituiert wird. Das ist verkehrt", erklärt der konservative Politiker Dietrich von Oertzen. Michel Gasteiger sagt in seinem neuesten Buche: „Die gelben Gewerkschaften" (Sozialpolitischer Verlag München, Preis 3 M.) folgendes darüber:

„Die Theorie der gelben Gewerkschaften ist in ihrer negativen Ausdehnung extrem antisozialistisch .... Die Erfahrung lehrt, daß nicht der Kampf gegen den Umsturz, sondern der gegen die Gewerkschaften überhaupt vielfach das treibende Moment zur Gründung gelber Gewerkschaften ist. Nach der positiven Seite hin bewegt sich das Programm der Gelben im Prinzip in feudal-konservativen Gedankengängen, in der Praxis jedoch betätigt es sich in großindustrie-liberalem Sinne."

Gasteiger verweist dann weiter darauf, daß die gelben Gewerkschaften Deutschlands die Wohlfahrtseinrichtungen mit Zuschüssen der Arbeitgeber lebhaft propagieren und zum größten Teile darauf aufgebaut sind. Die von Arbeitgeberseite gespendeten Wohlfahrtseinrichtungen sind nicht immer das Produkt der Hilfsbereitschaft und der Selbstlosigkeit. Indem man das eine oder andere Bedürfnis befriedigt, sucht man den Arbeiter in eine tatsächliche Abhängigkeit vom Wohltatenspender zu bringen, daß er vielfach gar nicht daran denken kann, von den Rechten freien Gebrauch zu machen, welche ihm die bestehende Rechtsordnung zuerkennt. Die gelben Gewerkschaften stellen aber die Wohlfahrtseinrichtungen in den Vordergrund und benutzen sie als Lockspeise beim Mitgliederfang. Das Organ der „Gelben", „Die Wehr", Nr. 8 vom Jahre 1909, vertrat die Anschauung:

„Die Mehrheit der Leute wird wohl niemals dahin zu bringen sein, daß sie äußere Vorteile aufgibt oder gar ihre bürgerliche Existenz in Gefahr bringt, um den inneren Menschen zu behaupten."

Die Arbeiter werden hier sehr niedrig eingeschätzt. Herr Referent Dr. Schellwien-Berlin bezeichnete auf der Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände zu München am 4. September 1908 die gelben Arbeiter, welche um der pekuniären Vorteile willen sich gelb organisieren lassen, als „charakterlos".

Ein Liberaler, Herr Dr. Brunhuber, nannte die gelben Gewerkschaften Verräter des Gewerkschaftsgedankens und des Organisationsrechts. Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Thoma aber erklärte 1908 in der bayerischen Kammer der Abgeordneten:

„Ich für meinen Teil habe noch niemals ein Hehl daraus gemacht, daß die Zugehörigkeit zu einem gelben Verein oder der Eintritt in einen solchen faktisch den Verzicht auf die Koalitionsfreiheit bedeutet."

Wenn einzelne der fremden Gründungen sich als „frei" und unabhängig bezeichnen, so ist das falsch, sagt Dr. Keßler. „Warum spricht man nicht lieber von Arbeitswilligenvereinen, wenn man doch solche will und meint."

Die Wiedergabe dieser Zitate hervorragender Kenner der gelben Werksvereine zeigt die einmütige Verurteilung derselben als eine für die Arbeiterschaft schädliche Gründung. Kein Arbeiter sollte sich herbeilassen, derartigen Organisationen beizutreten, auch nicht, wenn Zwangsmittel gegen ihn zur Anwendung gelangen.

S. P.

Unrecht leiden. Nur Arbeit, arbeiten will er; arbeiten muß er für seine Familie. Er erhält seinen Lohn. Allerdings wenig. 5 Arschin muß er umsonst weben, 4 Pfund Garn mußte er bezahlen. Was bleibt da noch? Doch er wird ja wieder eine Kette haben. Früh etwas früher, abends etwas später; er wirds wieder einbringen. Er kommt zum Meister. Kette wird sein Montag. Er kommt Montag. Kommen Sie morgen. Er kommt Dienstag. Kommen Sie später; diese Woche sind keine Ketten. Es dauert 14 Tage, es werden 3 Wochen. Zu Hause nichts zu leben, kein Geld zur Miete, der Krämer borgt nicht mehr. Er wagt schüchtern zu fragen, wie lange er noch warten soll auf eine Kette. Ja, Ketten sind genug. Dann bitte geben Sie mir doch eine. Sollen Sie haben aber pro Arschin 8 Kopeken billiger. Der Weber rechnet: 8 Kopeken billiger, 5 Arschin umsonst, 4 Pfund Schuß bezahlen, alle Wochen einen Tag versäumen, die Fuhre nach Lodz zahlen. Nein, da langt's nicht mehr. Dafür kann er nicht arbeiten. Gut, dann gibt's keine Kette. Nun traut er sich Entschädigung fürs Warten zu verlangen, auch von Kündigung stottert er etwas. Ein höhnisches Lachen ist die Antwort. Er muß gehen. Doch er verzweifelt noch nicht. Er muß doch Recht kriegen. Er geht zum Advokat. Der heißt ihn nach 3 Tagen wieder kommen. Nach 3 Tagen: „Ja, lieber Freund, da ist nichts zu machen, die Lohnweber haben keinen Anspruch auf Kündigung". Nun schnell zu einem anderen Fabrikanten nach einer Kette. „Ja, lieber Mann, Sie wollten doch einen Fabrikanten verklagen, da erhalten Sie in Lodz keine Arbeit mehr." Also auch die letzte Hoffnung vernichtet. Er denkt an seine Familie.

Draußen vor der Stadt die weite stille Flur. Der wahre Gottesfriede rings um ihn her. Die scheidende Sonne wirft ihre letzten Strahlen über Feld und Wald, er achtet's nicht, in seinem Herzen ist es Nacht geworden. Vom Kirchturm im fernen Dörfchen hört man das Abendgebet läuten.

Das erste Mal in seinem Leben, daß er bei diesen Klängen nicht sein Haupt entblößt und nicht die Hände faltet.

„Die Gewerkschaft"
Organ des Verbandes christlicher Arbeiterinnen und Arbeiter im Königreich Polen.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppen-Vorstände.

Diejenigen Ortsgruppen-Vorstände, welche das Zirkular mit der Adresse des Vorsitzenden noch nicht eingesandt haben, werden höflichst und dringend gebeten, dasselbe umgehend an die Zentralstelle einzusenden.

Die Zentralstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Aus dem Wuppertale.

Der „Verein von Seidenbandfabrikanten im bergischen Industriebezirk" hat am 11. Oktober beschlossen, am 29. Oktober sämtliche Seidenbandwirkergehilfen auszusperren. Die Arbeiter hatten immer noch gehofft, den Fabrikanten wäre es mit ihren Erklärungen, recht bald durch friedliche Verhandlungen zu einem Tarifabschluß zu kommen, ernst gewesen. Deshalb waren auch die Arbeiter in der weitgehendsten Weise den Wünschen der Fabrikanten entgegengekommen und hätten auch die Kündigungen zurückgezogen, wenn die Fabrikanten bis zum Abschluß der Verhandlungen die alten Lohnsätze weiter zahlen wollten; ein Verlangen, dem um so leichter hätte entsprochen werden können, als es ja die Fabrikanten in der Hand haben, diese Verhandlungen recht bald zum Abschluß zu bringen. Wo aber der gute Wille fehlt, da ist alles Entgegenkommen der Arbeiter nutzlos; da reißt auch dem ruhigsten und friedfertigsten Arbeiter endlich der Geduldsfaden, und so sehen wir denn auch, daß in den bereits im Streik stehenden Betrieben die Gehilfen vollständig geschlossen die Arbeit niedergelegt haben. Und die Arbeiter haben sich auch durch den Aussperrungsbeschluß nicht schrecken lassen. Sie werden den aufgezwungenen Abwehrkampf ruhig, aber entschieden zu führen wissen. — Eine Anzahl Fabrikanten wünscht auch heute noch eine friedliche Verständigung herbei; die scharfmacherische Richtung scheint jedoch unter allen Umständen den Kampf zu wollen, und diese Richtung ist die herrschende. Hofft man vielleicht zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können? — Es scheint fast so.

Am Sonntag, den 17. Oktober tagte in Barmen eine Konferenz der bergischen Seidenbandwirkergehilfen, um über die recht ernste Lage zu beraten. Nach längerer gründlicher Aussprache, in welcher der Lohnkommission der Dank für ihre bisherige Tätigkeit und das volle Einverständnis der Arbeiterschaft mit den bis dahin getroffenen Maßnahmen ausgesprochen wurde, nahm man einstimmig eine Resolution an, in welcher nochmals die Bereitwilligkeit zu einer friedlichen Verständigung ausgedrückt, zugleich aber betont wurde, weil die Fabrikanten ihr früher gegebenes Versprechen, bei der Regulierung der Lohnliste die Lohnquote nicht herabzudrücken, durch die Einreichung des bedeutend Verschlechterungen enthaltenden neuen Tarifes nicht gehalten hätten, sei dieser Tarif für die Gehilfen unannehmbar.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aachen. Am Donnerstag, den 14. Okt., fand zu Aachen die zweite Versammlung der Aachener Musterweber statt, nachdem schon vor einigen Wochen eine solche getagt hatte. Der Zweck dieser Versammlungen war, über Mittel und Wege zu beraten, wie am geeignetsten die Interessen dieser für die Textilindustrie wichtigen Arbeiterkategorie vertreten werden können. Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß die Aachener Musterweber sich zu regen beginnen und den Versuch machen, ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Glücklicherweise waren sich die Musterweber darüber klar, daß durch eine Sonderorganisation für sie nichts zu erreichen war und wurde auf der Versammlung, zu welcher ein Vertreter des christlichen und des „deutschen" Textilarbeiterverbandes eingeladen war, beschlossen, eine Sektion für alle Aachener Musterweber ins Leben zu rufen. Die Mitglieder derselben müssen jedoch entweder im christlichen oder im „deutschen" Textilarbeiterverbande organisiert sein. Diese beiden Organisationen sollen dann gemeinsam die Interessenvertretung der Musterweber in die Hand nehmen. Der Vorstand der Sektion wird vorläufig seine Tätigkeit auf die Agitation und auf statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder zu richten haben. Wir ersuchen alle Kollegen unseres Verbandes, bei dieser Agitation mitzuhelfen, da in Aachen einige Hundert Musterweber unserem Verbande zugeführt werden können.

Forst (Lausitz.) Eine neue Vorstellung von der vielgerühmten „Freiheit" und „Brüderlichkeit" gaben die hiesigen Genossen in einer von unserer Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 25. September. Nach Eröffnung der Versammlung und einigen einleitenden Worten des Versammlungsleiters bezüglich des Referats erbaten sogleich ein halbes Dutzend Genossen das Wort zur Geschäftsordnung. Sie verlangten nach einem einstündigen Vortrage des Referenten, ein Korreferat von gleichfalls einer Stunde halten zu dürfen — wahrhaftig, ein sehr bescheidenes Verlangen. — Von unserer Versammlungsleitung wurde nun den Genossen eine halbe Stunde Redezeit für einen Hauptredner, für jeden weiteren Diskussionsredner 10 Minuten Redezeit zugebilligt. In dieser Zeit konnten doch die Genossen, welche übrigens durch die allerersten Kräfte der hiesigen Filiale vertreten waren, ihre Gegenmeinung zur Genüge zum Ausdruck bringen, jedoch das war ihnen, wie immer, „zu wenig", und durch Skandalieren und Lärmen äußerten sie dann auch ihren Unwillen. Vom Kollegen Rümmele wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem neuen Reichsvereinsgesetz jeder Einberufer das Recht hat, die Geschäftsordnung selbst zu bestimmen. Als darauf dem Referenten das Wort erteilt wurde, gab einer dieser „Freiheitshelden" „Befehl" zum Abmarsch, worauf sich alle Genossen erhoben und unter Schimpfen, Wettern und Fäuseballen dem Ausgange zu bewegten. Der Vorsitzende erklärte jetzt die öffentliche Versammlung für geschlossen und machte bekannt, daß nach wiederhergestellter Ruhe eine Mitgliederversammlung abgehalten werde — darauf erneutes Lärmen und Drohen — die beutegierigen Wölfe hatten ihre Schafskleider abgelegt und zeigten sich in ihrer wahren Hülle. Unsere Mitglieder bekamen hier eine Kraftprobe von dem so verherrlichten Zukunftsleben und werden sich für weitere Leckerbissen schön bedanken. Kollege Schiffer referierte dann in zweistündigem Vortrage über das Thema: Vertritt der christlich-nationale Textilarbeiterverband die Interessen der Arbeiterschaft oder schließen wir uns dem sozialdemokratischen Verbande an? — Unsere Mitglieder sind nach wie vor überzeugt, daß nur der christlich-nationale Textilarbeiterverband die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten imstande ist.

Glauchau. „Die Bedeutung der Statistik inbezug auf Volkswirtschaft", so lautete das Thema, daß unser Bezirksleiter, Kollege Rümmele, in unserer letzten Versammlung am Sonnabend, 2. Oktober, im Meisterhaus behandelte. Da alle unsere Mitglieder jetzt die Lohnnotierungsbüchlein haben, so werden sie dringend gebeten, dieselben genau und pünktlich auszufüllen. An diesem Abend hatten wir noch die Freude, Kollege Minter-Berlin vom christlichen Metallarbeiterverband unter uns zu sehen. Er sprach über die Bedeutung der Organisation und wandte sich hierbei besonders an die Metallarbeiter, die wir zu unserer Versammlung eingeladen hatten. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Metallarbeiter nun bald eine eigene Zahlstelle bilden werden. Nun verlas Kollege Gehrmann noch die Abrechnung vom dritten Quartal. Er wies besonders darauf hin, daß im verflossenen Vierteljahr an Krankenunterstützung 25,85 Mk. und an Arbeitslosenunterstützung 92,60 Mk. ausbezahlt wurden. Von Interesse ist, daß die Arbeitslosenunterstützung gerade solchen Personen zugute kam, die seinerzeit den Wert dieser neuen Unterstützungsart am meisten bezweifelten. Man sieht auch hieran wieder, wie man sich oft über die Bedürfnisse einer späteren Zeit täuschen kann.

Greiz. In unserer letzten Monatsversammlung erstattete Kollege Fickel den Bericht von der Konferenz des Gaues Vogtland. Ueber die Herbst- und Winteragitation sprach Kollege Rümmele. Sein Wunsch ging dahin, daß im vierten Quartal jeder Kollege und jede Kollegin mindestens ein neues Mitglied unserer Ortsgruppe zuführen möchte. Nach einer kurzen Pause hielt Herr Lehrer Güther einen lehrreichen Vortrag über das Thema: „Wie erhalte ich mich gesund und erwerbsfähig?" Seine praktischen Winke über die Ernährung, Wohnung und Bekleidung 2c. wurden mit Interesse und Beifall aufgenommen. Am **Freitag, 29. Oktober,** findet die nächste Monatsversammlung unserer Ortsgruppe statt und wird uns Herr Lehrer Güther den zweiten Teil seines Vortrages bieten.

Lichtenstein-Callenberg (Sachsen). Endlich ist auch hier der Boden beackert für die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Zwar ist schon früher einmal im evangelischen Arbeiterverein die Gewerkschaftsfrage behandelt worden, aber es kam zu keinen Taten. Nun ist es durch die kräftige Vorarbeit der Glauchauer Kollegen möglich geworden, zwei Besprechungen abzuhalten. Als Referent war Kollege Rümmele-Greiz anwesend. Der neugegründeten Ortsgruppe traten eine Anzahl Kollegen bei. Vorsitzender ist Kollege Emil Lippold und Kassierer Franz Lauterlein. Die Versammlungen finden jeden ersten Dienstag im Monat im Ratskellerstatt. Mögen nun alle Kollegen eifrig mitarbeiten, damit unsere junge Gruppe ein kraftvolles Glied wird in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Urdenbach b. Düsseldorf. Achtung, Seidenweber! Die Firma Becker u. Lehanne, Seidenweberei in Urdenbach b. Düsseldorf, sucht unter großen Versprechungen (25-30 M. Wochenverdienst) Seidenweber. In Wirklichkeit zahlt die Firma den mit solchen Versprechungen eingestellten Webern im höchsten Falle 24 M. Wochenlohn, aber nur für kurze Zeit. Nach einigen Wochen müssen die Weber in Akkord arbeiten. Dabei können sie längst nicht diesen Lohn erreichen. Die dort verdienten Löhne schwanken zwischen 2—3,50 M. pro Tag. Zwei organisierten Kollegen, die sich mit einer Lohnreduktion nicht einverstanden erklärten, wurde gekündigt. Einer dieser Kollegen wurde sofort entlassen. **Wir warnen die Kollegen, bei der genannten Firma Arbeit anzunehmen.**

Die Arbeiter des Betriebes mögen aus diesen Dingen lernen, wie sehr sie der Gnade oder Ungnade des Arbeitgebers überlassen sind, wenn sie nicht in einer starken Organisation eine sichere Stütze und Rückendeckung finden. Darum sollten sie sich bis auf den letzten Mann dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands anschließen.

Aus unserer Industrie.

Die Kettenspannung bei seidenen Geweben.

Als alt hergebrachte Regel gilt bei der Kettenspannung, daß sie bei starken Abbindungen, wie Taffet und Grain, sehr stramm sein muß. Bei loseren Bindungen, wie Satin und Serge, kann sie entsprechend schlaffer sein; die Kette muß aber immer noch genügenden Widerstand leisten, wenn die Schußfäden durch Anschlagen der Lade dicht aneinander gedrückt werden sollen, und sie muß das beim Weben nötige Fach herzustellen erlauben, ohne ein Zerreißen einzelner Fäden zu verursachen. Wir wollen im Nachstehenden einige Fälle, die wir der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie" entnehmen, angeben, bei denen die oben angeführten Leitsätze nicht immer Gültigkeit haben. Nehmen wir z. B. ein Gewebe, das abwechselnd Taffet- und Satinstreifen enthält, so muß die Spannung in folgender Weise reguliert werden. Der Taffet muß etwas loser als gewöhnlich gespannt werden, um auf diese Weise einen Ausgleich herbeizuführen. Selbst bei gleichbreiten Satin- und Taffetstreifen muß dem Taffet doch noch eine stärkere Spannung gegeben werden. Bei gleicher Spannung würde sich die Ware vor dem Riet stauen, der Taffet würde vorstehen, der Satin dagegen zurück. Infolgedessen würden sich die folgenden Schuß der fertigen Ware nicht glatt, sondern nur im Bogen anschließen. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch auf die Dichte der Taffet- und Satinstreifen viel ankommt. Nicht selten ist der Atlas doppelt so dicht ins Riet gestellt als der Taffet; in manchen Fällen der Satin ein sieben oder acht Draht, der Taffet dagegen nur drei Draht. Hier muß es der Geschicklichkeit des Werkmeisters überlassen werden, das Richtige zu finden. Bemerkt sei nur noch, daß man bei Mustern mit nicht zu breiten Satinstreifen von der Anbringung einer Bindekette in Satin absehen kann, die das Verschieben der letzten Stiche im Atlas verhüten soll. Zu diesem Zwecke setzt man in das letzte Satinriet an beiden Seiten des Streifens einige Taffetfäden, welche dem Satin den nötigen Halt verleihen.

Eine zweite Art Gewebe, die der näheren Betrachtung wohl wert ist, sind Jacquardwerke mit Graingrund und großen, durch die ganze Breite des Stoffes gehenden Satinfiguren. Die Schwierigkeit des Webens bei dieser Art Stoffen besteht darin, ihnen eine gute Lage zu geben. Sie liegen gewöhnlich kraus und die schlechte Lage ist nur selten später durch künstliche Mittel wieder zu verbessern. Man hat nun die verschiedensten Versuche angestellt, um durch die Spannung dem Uebel zu steuern, bis jetzt aber mit wenig Erfolg. Am besten erscheint uns noch das Auskunftsmittel, zwei Ketten zu nehmen. Da die Satinfiguren durch die ganze Breite des Stoffes gehen, kann natürlich keine Rede davon sein, Grain und Satin auf je einen besonderen Baum zu bringen. Man verteilt die Kette gleichmäßig auf zwei Bäume und nimmt bei dem Passieren abwechselnd einen Faden von dem einen Baum, einen von dem anderen. An Stellen, wo viel Satin arbeitet, die Kettfäden also schlaffer sind als an denen, wo mehr Grain ist, bekommen sie durch die zwei Ketten mehr Halt. Die Schwierigkeit, daß solche Gewebe ganz glatt liegen, besteht in der ungleichmäßigen Verteilung von Grain und Satin, oder in den teilweise straff teilweise lose liegenden Kettfäden. Haben wir z. B. die Muster in Schlangenform, bei dem die Satinfigur quer durch das Gewebe läuft, breit beginnt und dann schmäler wird, so läßt sich der erwähnte Uebelstand überhaupt nie ganz vermeiden. In demselben Maße, wie die Satinfigur schmäler wird, wird der Grain breiter und umgekehrt. Derselbe Kettfaden arbeitet also manchmal nur ein kurzes Stück die lose Bindung (Satin), darauf ein großes Stück Grain, dann wieder ein kurzes Stück Satin. An der anderen Seite des Rapports ist das Entgegengesetzte der Fall. Eine lange Strecke bindet der Faden kurz ab, und dann nur wenige Schuß Satin. Ein Ausgleich muß also hier gefunden werden, und da erscheint uns die oben angegebene Art noch immer die zweckmäßigste.

Es ist bekannt, daß das Aufwickeln der Ware auf den Warenbaum gewöhnlich vermittelst eines Regulators erfolgt. An mechanischen Webstühlen sind vielfach Differentialregulatoren angebracht, bei welchen der Kettenbaum mittels Zahnrädern fortbewegt wird, wobei ein Schaltwerk, dem abnehmenden Baumdurchmesser entsprechend, nach und nach größere Bewegungen hervorbringt und den Baum in kürzerer Zeit umdreht. Diese Mechanismen sind auch so eingerichtet, daß beim Schußfachen die Kette nicht angezogen wird. Beim Zurückweben und Herausdrehen der Schüsse kommt ein Räderwerk mehr oder weniger zum Eingriff und dreht von dem Garnbaum die nötige Kettenlänge ab. Hiermit hat man die Uebelstände beseitigt, welche durch ein einziges Nichtrundgehen des Baumes, durch Ausdehnen oder Zusammenschwinden des Holzes oder durch ein zeitweiliges leichteres oder schwereres Gleiten des Baumes im Bremsband hervorgerufen werden. Es war schon oft eine Streitfrage, ob man bei seidenen Geweben positive oder negative Regulatoren anwenden soll. Beim positiven Regulator wird mit jedem Ladenspiel oder mit jeder Schaft- oder Jacquardbewegung ein bestimmter Teil des Gewebes abgezogen, während der negative Regulator nur dann, und außerdem nur soviel Ware abzieht, als durch den Anschlag der Lade nach vorn gedrückt wird. Der positive Regulator ist an Handstühlen, sowie an mechanischen Stühlen (von letzteren namentlich an den sogenannten englischen Stühlen) im Gebrauche und eignet sich derselbe vorzugsweise für alle dünnen und schwächeren Gewebe, an Waren, welche aus Baumwoll- oder Kammgarnen gewebt werden.

Diese Garne sind vermöge der vielfachen Manipulationen während des Spinnprozesses ziemlich gleichmäßig dick und gestatten deshalb, daß für jeden Schuß ein gleich großer Kettenabschnitt vom Regulator hereingezogen wird. Bei seidenen Geweben ist es nur in wenigen Fällen vorteilhaft, positive Regulatoren zu verwenden. Der Seidenfaden ist bekanntlich ziemlich unegal, was aus den in den Trocknungsanstalten gemachten Haspelproben deutlich hervorgeht. Selbst hochklassige Mailänder Markenwaren, die als die regelmäßigsten gelten, haspeln bei einem Titer von 20 Deniers noch 6—7 Deniers auseinander. Ein Faden ist also beinahe um ein Drittel gröber oder feiner als der andere. Bei Tramen ist dieser Unterschied noch größer, besonders wenn sie asiatischen Ursprunges sind. So haspelt z. B. eine China-Trama in Titer von 40 Deniers mitunter 15—20 Deniers auseinander. Es ist wohl ohne weiteres klar, daß für Gewebe aus dieser Art von Seidengarnen ein positiver Regulator nicht genommen werden darf; da er bei jedem Schuß einen gleich großen Teil des Gewebes abzieht, würde der seidene Stoff stellenweise dicht, stellenweise lose werden. Man könnte mir erwidern, daß durch mehrfaches Spülen der Uebelstand vermieden würde. Ich bin nicht dieser Ansicht.

Eine China-Trame wird selbst bei dreifachem Spülen noch nicht egal genug, um beim positiven Regulator eine verkäufliche Ware zu liefern, ganz abgesehen davon, daß es in der Praxis nur in wenigen Fällen möglich ist, eine Ware des hohen Preises wegen dreifach einzuschlagen. Hier tritt also der negative Regulator in seine Rechte. Er bewerkstelligt einen Ausgleich der etwa verschieden dicken Schußfäden, die Ware erhält bei etwaigem stärkerem Garn weniger Schüsse auf einen Zentimeter, als dies bei den entsprechend richtig dicken Schußgarnen der Fall ist. Ein negativer Regulator arbeitet nicht direkt, sondern seine Bewegung ist davon abhängig, wieviel die Kette beim Anschlag der Lade nachläßt. Die Dichte der Ware ist somit von der Kettenbremsung abhängig, je straffer die Kette gespannt ist, um so geringer wird die Vordrückung der Ware und um so kleiner ist auch die Forthaltung des Regulators. Was die Regulatoren an Handwebstühlen anbetrifft, so darf der Kettenbaum bei keiner Regulatorvorrichtung hart gespannt werden (also nicht mit Kranz und Klinke), sondern muß stets eine von den bekannten Spannungsarten mit Rutsch-, Lauf- oder Schleifgewicht erhalten. Es wird dieses dadurch bedingt, daß durch die allmähliche, ja schuß- für schußweise Aufwindung der Ware, auch die Kette um das Gleiche nachgeben muß, und wodurch der Spielraum vom Geschirr bis zur Ware ein und derselbe bleibt. Würde die Kette hart gespannt, so wäre das Arbeiten unmöglich.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Carl Illig †. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes, Carl Illig, ist in der vorvergangenen Woche nach neunwöchiger Krankheit im Alter von 65½ Jahren gestorben. Illig hat sich nach außen hin nicht viel hervorgetan — das lag nicht in seinem Wesen — und darum mag dieser Mann vielen unserer Leser unbekannt sein. Und doch war Illig ein großer Mann, ein durch und durch vornehmer, edler Charakter, der seinen Lebensinhalt darin findet, seinen Mitmenschen und dem Vaterlande gutes zu tun. Achtzehn Jahre hat er den Vorsitz im Gutenbergbunde geführt, ehrenamtlich. Ihm war das Bewußtsein, einer guten Sache zu dienen, Entgelt genug für die schwierige Arbeit, die solches Amt mit sich bringt. Er hat sein körperliches und geistiges Können gerne seinen Kameraden gewidmet. Er war seinen Mitarbeitern ein treuer, lieber Kamerad, seinem Verbande ein guter Führer und allen, die ihn kannten, ein leuchtendes Vorbild in der Pflichterfüllung. So genoß er in dem Gutembergbunde wie überhaupt in der christlichen Arbeiterbewegung unbegrenztes Ansehen und Vertrauen.

Illig war dem Gutenbergbunde ein treuer Führer in vielen düsteren und schweren Stunden. Ist eine christliche Berufsorganisation mehr von den Gegnern mit Schmutz beworfen worden als wie der Gutenbergbund? Heute steht dieser als gleichberechtigt in der Tarifgemeinschaft des Gewerbes da. Der Gutenbergbund führte unter Illigs Führung einen siegreichen Kampf. Illig hat den Sieg noch mitfeiern können. — Auch von persönlichen Angriffen ist Illig nicht verschont geblieben. Doch sprach ihm sein Bewußtsein frei von Fehl und Tadel, bei jedem Handeln war das Bestreben, seinen Mitmenschen zu helfen, sein Leitmotiv. Nun ruht er aus von aller Erdenlust und allem Erdenleid. Unser Herrgott hat ihm wohl da oben einen guten Platz bereitet. Dort hoffen wir Carl Illig wiederzusehen.

* * *

Unterhaltungsabende zu veranstalten liegt gewiß nicht im Programm der christlichen Gewerkschaften. Haben diese Abende aber den Zweck der Volksbildung, so dürften dieselben doch nicht ganz zu verwerfen sein. Ein ganz besonderes Bildungsmittel auch für Gewerkschaftsversammlungen wären Lichtbilder-Vorträge. Zu diesem Zweck hat die Hauptstelle süddeutscher katholischer Arbeitervereine (München, Herrnstr. 36) eine eigene Abteilung für Lichtbilder eingerichtet, um allen christlichen Vereinen und Organisationen gegen geringe Leihgebühr (3—5 Mk. pro Serie) die Bilder zur Verfügung zu stellen. Für die christlichen Gewerkschaften dürften sich nachstehende Serien besonders eignen: Wunder des Himmels! Alte und Neue Verkehrswege; Der Dampf im Dienste des Verkehrs; Der Postverkehr einst und jetzt; Bergbau; Gutenberg und seine Kunst; Die deutsche Luftschiffahrt; Das deutsche Museum, München; Das Arbeitermuseum zu München; Krupp und seine Werke.

Ausführliche Kataloge sind gratis zu haben bei der Abteilung für Lichtbilder der Hauptstelle des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine München, Herrnstr. 36/3.

* * *

Der christliche Metallarbeiterverband kann am 15. Oktober dieses Jahres auf das erste Jahrzehnt zurückblicken. Das Verbandsorgan „Der deutsche Metallarbeiter" erscheint aus diesem Anlaß im zwölfseitigen Festgewand und bringt außer einem stimmungsvollen Leitartikel mit der Ueberschrift „Aus eigener Kraft" geschichtliche Rückblicke aus der Gründungsperiode und dem Entwicklungsgang des Verbandes. Wie aus diesen Schilderungen hervorgeht, waren die ersten zehn Jahre für den christlichen Metallarbeiterverband eine Zeit fortwährenden Kampfes gegen alle möglichen Hindernisse, Schwierigkeiten und Gegner von rechts und links. Als die christliche Metallarbeiterorganisation am 15. Oktober 1899 mit 150 Mitgliedern ins Leben trat, bestanden auf gegnerischer — sozialdemokratischer wie Hirsch-Dunckerscher — Seite schon die stärksten Konkurrenzorganisationen, die den neugegründeten christlichen Verband mit allen erdenklichen Mitteln zu vernichten suchten. Dazu kam der Widerstand und offene Kampf sozial rückständiger Unternehmerkreise. Wohl keine der christlichen Berufsorganisationen hat verhältnismäßig so viele Maßregelungen von Mitgliedern wegen Zugehörigkeit zum Verband registrieren müssen, wie der Metallarbeiterverband. Zudem sind ihm auch scharfe Fehden im eigenen Lager nicht erspart geblieben; erinnert sei nur an den Neutralitätsstreit und den Kampf anläßlich des Zolltarifs, der sogar zum Ausschluß aus dem Gesamtverband führte. Allen Hindernissen und Gegnern zum Trotz hat der christliche Metallarbeiterverband sich aber stetig weiterentwickelt und kann heute mit Genugtuung auf die Arbeit des ersten Jahrzehnts zurückblicken. Die gemachten Fortschritte gehen aus folgender Zusammenstellung deutlich hervor:

Die Mitgliederzahl stieg von 930 am Schluß des Gründungsjahres 1899 auf zirka 25 000 Ende 1908. Die Kasse hatte eine Gesamteinnahme von über 2½ Millionen Mark. Das Verbandsvermögen beträgt zurzeit 767 000 Mk. Allein in den letzten 2½ Jahren wurden über 250 000 Mk. Kranken-, und über 100 000 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Es entfällt pro Mitglied 31,33 Mk. Vermögen, während es im sozialdemokratischen Verband nur 9,32 Mk. und im Hirsch-Dunckerschen 15,65 Mk. beträgt. Diese Zahlen sprechen für eine gute Finanzwirtschaft im christlichen Metallarbeiterverband.

Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie ist der Verband unablässig und mit Erfolg tätig gewesen, insbesondere für die Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter, deren sich die junge christliche Organisation zuerst nachdrücklich angenommen hat. Alles in allem bietet der Rückblick auf das erste Jahrzehnt des christlichen Metallarbeiterverbandes den vollgültigen Beweis für die gesunde und sieghafte Idee des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Etwa zwei Drittel aller Metallarbeiter stehen heute noch außerhalb der Organisation, mögen sie endlich zum Bewußtsein ihrer Pflicht kommen und im christlichen Metallarbeiterverband an der ideellen und materiellen Hebung ihres Standes mitarbeiten.

* * *

Rückwärtsentwickelung des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes? Durch die sozialdemokratische Presse und die ihr geistesverwandte Hirsch-Dunckersche Presse geht zur Zeit eine Notiz über eine Rückwärtsentwickelung des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands. Sie hat insofern Aehnlichkeit mit früheren rein aus der Luft gegriffenen Nachrichten, die dem genannten Verband einen in die Hunderte gehenden Verlust andichteten, als in allen diesen Notizen das Bestreben zutage tritt, die überaus klägliche Mitgliederbewegung des sozialdemokratischen und des H.-D. Verbandes zu verschleiern, letzteren kann man ganz übergehen, da er kaum 1000 wirkliche Tabakarbeiter organisiert hat. Was nun die Nachricht anbelangt, so ist zunächst festzustellen, daß die wichtigtuende Behauptung, die rote Presse sei durch Zufall in den Besitz der Zahlen gelangt, auf einer glatten Erfindung beruht. Die Angaben über die Mitgliederbewegung des christlichen Verbandes sind aller Oeffentlichkeit zugänglich in dem an dem diesjährigen Verbandstag erstatteten Geschäftsbericht. Daß ein Rückgang in Westfalen in der Zeit vom 1. April 1907 bis 1. April 1909 stattgefunden hat, ist im Geschäftsbericht selbst angeführt. Worauf er aber zurückzuführen war, verschweigt die gegnerische Presse. Der Verband hatte nämlich innerhalb eines einzigen Jahres (1906) die Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte vermehrt. Bei der Jugend der Bewegung ist es erklärlich, daß von den so schnell ohne jede gewerkschaftliche Schulung neu Aufgenommenen eine ganze Anzahl Eintagsfliegen waren, zumal eine große Zahl der Neuaufgenommenen durch die im genannten Jahre sehr stark einsetzenden Lohnbewegungen erzielt worden war. Diese Erfahrung wird täglich im Gewerkschaftsleben gemacht. Es ist aber ein Zeichen der inneren Stärke des christlichen Tabakarbeiterverbandes, daß er seit dem Einsetzen seiner Agitation in Westfalen (im Jahre 1904) ständig in starkem Wachsen begriffen ist. Von einigen Hundert bei Beginn seiner Werbearbeit ist er bis heute auf über 2000 Mitglieder gestiegen. Gegenüber dieser, durch zielbewußte Schulung erreichten stabilen Mitgliederzahl tritt die kleinliche Hervorzerrung der in der Zwischenzeit aufgetretenen Schwankungen vollständig in den Hintergrund. Wenn die rote Presse — auch das Hirsch-Dunckersche Zentralorgan, „Der Gewerkverein" fehlt natürlich nicht darunter — auf eine Mitgliederflucht anläßlich der neuen Tabaksteuer schließen möchte, so sei zu ihrer Beruhigung ausdrücklich hervorgehoben, daß der christliche Tabakarbeiterverband in den letzten Monaten in Westfalen allein über 500 neue Mitglieder gewonnen hat. In den anderen Gebieten ist ebenfalls über ein ähnliches fortschreitendes Wachsen zu berichten. Alle Tabakarbeiter erkennen eben die unermüdliche, tatkräftige Interessenvertretung des christlichen Verbandes in letztjährigem Kampfjahr unumwunden an. Und das ärgert die Gegner.

Doch wie sieht es mit diesen so selbstbewußt auftretenden Gegnern aus? Im Gau Offenburg des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes, von wo kürzlich die Noten berichteten, in Herbolzheim habe der christliche Tabakarbeiterverband 117 Mitglieder verloren (was direkt aus der Luft gegriffen war), hat der sozialdemokratische Verband 190 Mitglieder verloren. Dieser alte Verband, der eine langjährige Erfahrung besitzt, hat übrigens von 1890 bis 1900 seine Reihen um ganze 973 Mitglieder vermehrt. Seit 1902, von wo ab der christliche Verband einsetzte, hat dieser prozentual eine sechsmal größere Zunahme gehabt, wie der rote Verband. Die Sache wird eine noch bessere, wenn man erfährt, daß der sozialdemokratische Verband in den Gebieten, wo der christliche Tabakarbeiterverband vertreten ist, von Ende 1906 bis Ende 1908 allein 2318 Mitglieder verloren hat. Das sind 58% seines Verlustes in dieser Zeit, den er im ganzen Verbandsgebiet gehabt hat, obwohl in den erstgenannten Gebieten nur 27% seiner Mitglieder sind. In Westfalen verlor der rote Verband von Ende 1906 bis Ende 1908 allein 1906 Mitglieder. Die Leser werden daraus ersehen können, was der Grund ist, daß die sozialdemokratische Presse selbst mit den Mitteln gröbster Unwahrheit fortwährend über Verluste des christlichen Tabakarbeiterverbandes berichtet. In der letzten Zeit wurden Hunderte angeblicher Austritte gemeldet und jedesmal stellte es sich heraus, daß statt dessen ein Zuwachs zu verzeichnen war. Danach möge man die schwindelhaften Berichte bewerten.

Aus gegnerischen Organisationen.

Theorie und Praxis der Genossen. In vor. Nummer zeigten wir durch eine Gegenüberstellung eines Aufrufs der sozialdemokratischen Düsseldorfer „Volkszeitung" zum Schnapsboykott und eines Inserats derselben Nummer des Blattes, in welchem den Genossen empfohlen wurde, noch vor der Besteuerung des Branntweins ihre Einkäufe an Spirituosen zu besorgen, wie „tiefernst" es den Genossen mit der Bekämpfung des Schnapsgenusses ist.

Heute können wir ein weiteres Beispiel für das Doppelgesicht der Genossen beibringen. Gelegentlich einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Düsseldorf stellte bei der Diskussion über den Bericht des sozialdemokratischen Parteitages Genosse Agnes einen Antrag, den Branntweinverkauf im Gewerkschaftshaus einzustellen.

Der Oekonom des Gewerkschaftshauses, Ludwig Schmidt, spricht sich gegen den Antrag auf sofortige Aufhebung des Branntweinverkaufs im Gewerkschaftshaus aus. Am besten werde der Mißbrauch des Schnapses dort bekämpft, wo dieser am meisten noch konsumiert wird: auf den Arbeitsstätten. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt. (Düsseldorfer Volkszeitung Nr. 233.)

Der Branntweinboykott besteht auch in Düsseldorf ruhig weiter, ausgenommen im Gewerkschaftshaus der Genossen. Da sage noch einer, die Genossen seien nicht konsequent!

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Ein Kampf der christlichen Textilarbeiter Oberitaliens um das Koalitionsrecht. In der vorigen Nummer dieser Zeitung haben wir von der guten Entwickelung unserer Schwesterorganisation in Italien berichten können. Heute müssen wir melden, wie die junge Organisation auch schon für die Arbeiterrechte gegen ein unsoziales Arbeitgebertum kämpfen muß. Aus Mailand wird der „Neuen Züricher Zeitung" unterm 11. Oktober cr. geschrieben:

„In der Provinz Bergamo haben die christlichen Textilarbeiterorganisationen die Sozialisten seit geraumer Zeit aus dem Felde geschlagen. Die Fabrikanten, die am liebsten statt der christlichen Arbeiterorganisationen sogenannte „gelbe Vereine" sehen würden, sind bei der Aufnahme neuer Arbeiter schon mehrfach so vorgegangen, daß sie die Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation als Bedingung stellten. Der Fabrik Zopfi in Ranica war der Arbeiter Scarpinelli schon längst ein Dorn im Auge, weil er die Arbeiter der Fabrik für die christliche Organisation zu gewinnen wußte. Deshalb entließ sie ihn. Die christlichen Arbeiter beantworteten diesen gegen die Koalitionsfreiheit gerichteten Schlag mit dem Streik, der etwa 800 Arbeiter umfaßt. Die Arbeiter verlangten eine Erklärung des Fabrikanten, daß er die Koalitionsfreiheit nicht mehr beschneiden wolle. Zopfi aber weigerte sich. Alle christlichen Organisationen Oberitaliens unterstützten die Streikenden durch finanzielle Zuwendungen. Der Bischof von Bergamo spendete, nachdem er die Sachlage geprüft und darin wirklich einen Schlag gegen die christlichen Organisationen erblickt hatte, 200 Franken für den Streikfonds. Die katholische Jugendorganisation Italiens erläßt einen Aufruf für Streikgelder durch ganz Italien. Auch der „Corriere d'Italia" hat eine Subskription eröffnet. Die Arbeiterkammer in Gallarate proklamierte den Generalstreik aus Solidarität.

Briefkasten.

Kollege R. in E. Warum der Versammlungsbericht nicht erschienen ist? Es werden nur Berichte aufgenommen, die dem Bezirksvorsitzenden vorgelegen haben. Weißt du das noch nicht? Weißt du auch noch nicht, daß Zuschriften, die für das Organ bestimmt sind, nur einseitig beschrieben sein dürfen? Bei deinem letzten Bericht ist dieses wieder nicht beachtet, obwohl vor einigen Wochen noch im Organ darauf hingewiesen wurde.

Versammlungskalender.

Barmen. 30. Oktober, 8½ Uhr, im Lokale „Zur neuen Post", Winklerstr. 26.
Eupen. 26. Oktober, 9 Uhr, bei Joseph Schönen, Neustr. Generalversammlung.
Forst (Lausitz.) 23. Oktober, 8 Uhr, im Lokale „Zum Prälaten", Gerberstr. 20, öffentliche Versammlung.
Grefrath. 24. Oktober, 5½ Uhr, bei Albert Reiners.
Greiz. 29. Okt., 8½ Uhr, im Volksheim (Zimmer 19 u. 20.)
Hindbeck. 17. November, 11 Uhr, bei Wwe. M. Hahnen, Generalversammlung.
Hochneukirch. 24. Oktober, ½6 Uhr, bei Joh. Plum.
Holt. 24. Oktober, 11 Uhr, bei David Aretz.
Kolbermoor. 24. Oktober, 3 Uhr, im großen Marcissaal.
Montjoie. 24. Oktober, 5 Uhr, bei A. Kremer.
Neuwerk. 24. Oktober, 6 Uhr, bei Ant. Rommerskirchen.
Schiefbahn. 1. November, 6 Uhr, bei Heinrich Kaiser.
St. Tönis. 24. Oktober, 6½ Uhr, bei Mennemann.
Warendorf. 24. Oktober, 6 Uhr, bei Paul Puller, Emsstr.
Wickrath. 24. Oktober, 6 Uhr, bei Peter Frentzen, Vereinszimmer 1. Etage, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Brigitte Seger in Schönau.
Elisabeth Spickermann in Kolbermoor.
Josefine Osburg in Hann.-Linden.
Barbara Gwinner in Mülhausen i. Els.
Agnes Prausse in Rengersdorf.

Ehre ihrem Andenken!